

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

102 (31.8.1923)

Ercheint Montag, Mittwoch und Freitag.

Bezugs-Preis: Durch die Post bezogen und durch den Briefträger u. andere Ausreiter ohne Bestellgeld monatlich 300 000.— Mk. freibleibend.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftszeit 10-5 Uhr, Sonntags geschlossen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. 11. Volkshoch-Konto Karlsruhe Nr. 6903.

Der Landbote

Sinsheimer



Zeitung

Gründet 1839

General-Anzeiger für das

Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:

Anzeigen: Die 42 mm breite Millimeter-Zeile 50 000.— Mk. Familien-Anzeigen 40 000.— Mk. Reklamen: Die 87 mm breite Millimeter-Zeile 150 000.— Mk.

Anzeigen mit Deckadresse oder Ansk. 150 000.— Mk. Sondervergütung. Alle Preise freibleibend. Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.

Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen wollen am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 102.

Freitag, den 31. August 1923.

84. Jahrgang

Beginnende Opposition gegen das Kabinett Stresemann.

Gegen die neuen Steuern.

Berlin, 30. Aug. Nachdem bereits die deutschnationale Fraktion im Reichstag bei Gelegenheit der Abstimmung über das von den Mehrheitsparteien eingebrachte Vertrauensvotum der Regierung das Vertrauen versagt hat, haben vorgeföhrt die Landesverbandsvorsitzenden der deutschnationalen Volkspartei nach Vorträgen der Abgeordneten Hergt, Helfferich und Schiele in einer Entschließung die klare Oppositionsstellung der Reichstagsfraktion gebilligt. In der Entschließung wird ein außen- und innenpolitisches Programm der deutschnationalen Volkspartei aufgestellt. In der Außenpolitik sei eine wahrhaft aktive Politik zu fordern, und zwar müsse der Widerstand an Rhein und Ruhr in verstärktem Maße fortgeführt werden. Voraussetzung jeder Verhandlung mit dem Feind müsse schleunige Räumung aller widerrechtlich besetzten Gebiete, Freilassung aller Verhafteten und Eingekerkerten, Wiedergutmachung allen von den Besatzungstruppen und -behörden angerichteten Schadens und Herausgabe allen gestohlenen Gutes sein. Der Verfall der Beträge sei von Frankreich und Belgien zerbrochen; deshalb seien alle Leistungen aus dem Vertrag einzustellen. Der Weg zur Wehrhaftmachung des deutschen Volkes sei wieder frei. In der Innenpolitik sei die Staatsautorität rückstandslos wiederherzustellen und jeder geistige und politische Terror zu unterdrücken. Die Schutzgesetze müssen abgebaut werden. Eine Stelle müsse mit außerordentlichen Nachvollkommenheiten betraut werden, die unabhängig vom Druck der Straße und der Parteien, die Ehre und Zukunft des Volkes retten könne. Sollte das Parlament die Uebertragung solcher Vollmachten verweigern, so sei die Entscheidung des Volkes herbeizuföhren. Das deutsche Volk müsse gegen kommunistische Aufbruchversuche geschützt werden. Dem Versuch einer zweiten Revolution werde rückstandslos Widerstand entgegengesetzt werden. In der Wirtschaftspolitik wird Milderung der Steuererhebung und eine sofortige Nachprüfung der Steuererhebung gefordert, insbesondere umfassende Stundungen für die Landwirtschaft. Die landwirtschaftliche Erzeugung müsse gegen alle wilden Streiks und Plünderungen geschützt werden. Die Ware müsse wieder für ehrliches Geld verkauft und die Arbeit mit ehrlichem Geld entlohnt werden. Deshalb müsse alsbald ein real fundiertes Geld geschaffen werden.

Bayerische Steuer-Frondeure.

München, 30. Aug. Der volkswirtschaftliche Ausschuss der bayerischen Landesversammlung hat auf Antrag des ersten Präsidenten Abg. Dr. Heim in einem Aufsatze gegen die durch die letzten Reichstagsbeschlüsse eingeleitete Steuererhebung Front gemacht, die brutal und ungerecht und verhängnisvoll für das deutsche Volk sei. Die bayerische Staatsregierung und der Landtag werden ersucht, der aberwärtigen Steuerpolitik des Reiches mit allen Mitteln Einhalt zu gebieten, da die Steuererhebung, das Steuerzinsgesetz und die Strafbestimmungen unerträglich seien. Es wird daher gegen diese ungerechte „Enteignung des Besitzes“ protestiert und zum Ausdruck gebracht, daß die gesetzliche Vertretung der bayerischen Wirtschaft bezüglich ihrer endgültigen Stellung zu den neuen Steuern wenn ihre bestmögliche Tendenz nicht geändert wird, alle Vorbehalte macht. Weiterhin hat der Ausschuss beschloffen, Deputationen zum Reichspräsidenten und Reichskanzler zu entsenden.

Die Billionen für die Beamten.

Wie bereits berichtet wurde, haben die Beamten am 23. August außer dem Teuerungszuschlag für die zweite Hälfte August auch ihr Septembergehalt, das sich auf einem Teuerungszuschlag von 13 500 Prozent aufbaut, erhalten. Diese Vorauszahlungen haben nicht weniger als hundert Billionen Mark beansprucht. Es ist charakteristisch für die Stimmung selbst ausgesprochen beamtenfreundlicher rechtsstehender Kreise, wenn die „Kreuzzeitung“, die sich sonst in diesen Dingen die größte Zurückhaltung aufweist, schreibt:

„So wird hinter den Kulissen weiter in unverantwortlicher Weise von den Behörden zugunsten der Beamten auf Kosten der Allgemeinheit Sabotage gegen eine gesunde Währungs politik getrieben. Nach außen hin wurde selbstüberzeugt von dem gebrauchten Opfer erklärt, daß wenigstens die Vierteljahrs vorauszahlungen für die Zuschläge aufgehört hätten. Nunmehr verjagt man aber hinterher unter Täuschung der Öffentlichkeit doch zu diesen Vorauszahlungen zu kommen, und die Behörde gibt sich zu dieser Sache her. Die Interessen der Beamten, für die sich alle Bevölkerungsschichten und Parteien im vergangenen Jahre rückhaltlos eingesetzt haben, müssen halt machen vor der Not, in die die übrige Bevölkerung hineingeraten ist. Ungezählte Summen weist der Staat in immer kürzeren Zwischenräumen den Beamten in den Schoß, ohne nach den volkswirtschaftlichen Wirkungen solcher Inflationspolitik zu fragen. Es hat beinahe den Anschein, als ob die Papierbillionen, die gedruckt werden, nur dazu dienen, den Beamten den Säckel zu füllen. Die Privatindustrien leiden schon seit Wochen daran, nicht genügend Zahlungsmittel für die Auszahlung der Bezüge an ihre Arbeiter und Angestellten erhalten zu können. Dabei schaut sich der Staat nicht, ungläubliche Summen auf lange Vorauszahlung hin an seine Beamten zu geben die dann den Markt leer kaufen, massenhaft lt. Feststellung der Börsenblätter an der Börse spekulieren und ihre Gehälter vermehren, der Geschäftswelt dadurch die Bankkredite und Zahlungsmittel verteuern helfen und sich Anschaffungen auf Kosten der Privatangestellten machen, denen noch nicht einmal die Gesamtsumme einer Monatszahlung ausgehändigt werden kann, der Pensionär, die ihre Bezüge entwertet zugestellt bekommen, und der Rentner, überhaupt der nichtbeamteten Bevölkerungsschichten. Die geistige Kulturschicht auf der Deutschlands Blüte beruhte, verfiel immer mehr. Dafür wird ein Geist im maßlos empore-

gewachsenen Beamtenheer gezüchtet der von Pfrüchtersfüllung weit entfernt ist und allmählich vor den Bezügen alle anderen Dinge in den Hintergrund treten lassen muß. So sabotiert der Staat seine eigenen währungs politischen Maßnahmen, läßt seine Leute auf Kosten der Allgemeinheit, deren Diener der Beamte sein soll, gut leben und gibt sich zu schieberischen Methoden für diese Zwecke her. Die Erbitterung über diese Verhältnisse ist allgemein und steigert sich von Tag zu Tag. Die Beamtenwirtschaft des Staates hat einen solchen Grad erreicht, daß auch vernünftig gebliebene, wirkliche Diener des Staates schon lange den Kopf darüber schütteln. Das an sich schon schwache Vertrauen in durchgreifende Maßnahmen zur Behebung der Währungs- und Wirtschaftsnot hat durch diesen Vorgang eine schwere Einbuße erlitten.“

Es ist notwendig, daß die Regierung in diesen Dingen so rasch als möglich Wandel schafft, und die Erbitterung des Dr. Hermes liquidiert. Es ist ein unerträglich Gedanke für die Steuerzahler, daß sie jetzt überfüllt Billionen oder Billionen von Steuern entrichten sollen, um der entsetzlichen Inflation ein Ende zu bereiten, und daß in demselben Augenblick durch Gehaltsvorauszahlungen den Beamten hundert Billionen in den Schoß geschüttet werden und die Inflation dadurch einen neuen gewaltigen Anstoß erhält.

Wertbestand. Anleihe des Deutschen Reiches

Sie sichern dem einzelnen Kapital und Zins entsprechend dem jetzigen Stande des Dollars.

Keine Börsenumsatzsteuer — keine Erbschaftsteuer für das selbstgezeichnete Stück.

Beste Anlage auch für kleine Beträge.

Ein Fehler des statistischen Reichsamts.

Den Index zu hoch angegeben.

Berlin, 30. Aug. Die Vereiniigung der deutschen Arbeitgeberverbände verlangt wie sie uns mitteilt, die strengste Untersuchung und Disziplinierung der Beamten im Statistischen Reichsamt, die dafür verantwortlich sind, daß die Reichsindexziffer vom 28. August unrichtig angegeben wurde. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche betrug nicht 72,5 sondern tatsächlich nur 54 Prozent. Dieses Versehen ist dann vom Statistischen Reichsamt bei der Bekanntgabe des Wochenindex vom 30. August berichtigt worden. Die Wirkungen des ursprünglichen Fehlers sind, aber nach Darstellung der Vereiniigung der deutschen Arbeitgeberverbände durch die Nichtstellung nicht beseitigt worden, sondern es hat sich durch die angerichtete Verwirrung eine Erschwerung und Zuspitzung der ohnehin nicht einfachen Regelung der Tarifparteien ergeben.

Wie wir von zuständigen Stellen hören, ist der Irrtum auf folgende Weise entstanden: Das Statistische Reichsamt gibt neben dem auf den Angaben von 71 Gemeindeverwaltungen in ganz Deutschland beruhenden halbamtlichen Index eine zweite Indexziffer, den sogenannten Elbindex heraus, die nur auf den Angaben von 29 Kommunen beruht. Diese wurde für den 28. August mit einem Steigerungsgrad von 72,5 Prozent berechnet. Als dann die weiteren Berechnungsgrundlagen von allen 71 Kommunen eingetroffen waren, erfolgte die Richtigmstellung. Es sind jetzt Vorkorrekturen getroffen, damit künftighin auch der rascher berechneten wöchentlichen Reichsindexziffer die Angaben von 71 Kommunen zugrunde gelegt werden können.

Die Goldmark-Berechnung zum Dollarkurs der Ruin für die gesamte Geschäftswelt?

Die in den letzten vierzehn Tagen zur Manie gewordene Berechnung nach Goldmark, zahlbar zum Dollarkurs am Vortage der Bezahlung ist eine Ausgeburt des Wahnsinns im deutschen Geschäftsleben wie sie wohl solange die Welt besteht, noch nicht vorgekommen ist. Fast jeder Geschäftsmann der in Vorkriegszeiten spekuliert, ist daran zugrunde gegangen, und es dürften sich noch viele daran erinnern, daß diejenigen, welche von der Spekulationswut gepackt waren, sich nicht selten an fremden Geldern vergiffen. — Das Ende — Konkurs — Gefängnis! Und heute wird dem Geschäftsmann von einem großen Teil der Referenten zugemutet, nicht nur nebenbei sondern ständig zu spekulieren und sich so dem sicheren Verderben auszuliefern.

Man bedenke: Ein Geschäftsmann kauft für 20 Millionen Mark Ware, er rechnet sich aus, daß er bis zur Lieferung das Geld spielend bekommen hat und freut sich im Stillen des guten Geschäfts — da auf einmal — der Dollar klettert, klettert, nun er wird schon wieder fallen, tröstet sich der Geschäftsmann, ja

hoffa, gerade an dem Tage, als die Rechnung ankommt, sind fast 20, hundert Millionen Mark zu bezahlen. Er läuft in seiner Not von einer Bank, von einem Bekannten zum andern und hat schließlich auch nach langem Mühen die Gelder aufgebracht um seinen Gläubiger zu befriedigen, denn die Bekannten konnten sich den Argumenten des sonst rührigen Geschäftsmannes, daß er ja nun auch mehr Geld für die Ware bekomme nicht verschließen; — Da auf einmal fällt der Dollar, er fällt weiter der Kleinverbraucher sagt sich, na warten wir noch mit dem Einkauf, wenn der Dollar in der Aufwärtsbewegung ist, wird er auch noch weiter fallen. Dem Geschäftsmann wird es angst und bange, daß er keine Gelder einnimmt, um seine Bekannten die für ihn einsprangen, befriedigen zu können. Von den täglichen Einnahmen kann er kaum seine notwendigsten Ausgaben für die Familie bestreiten, mit der Zeit geht die Ware zu Ende, der Grundstock ist fast aufgezehrt. Auf einmal fängt der Dollar wieder an zu steigen, dem Geschäftsmann wird in kurzer Zeit der Rest seines Lagers aus der Hand gerissen, er will wieder einkaufen, dies ist ihm jedoch unmöglich geworden, denn am Tage der Lieferung würde die Rechnung noch weit höher als am letztenmale sein — und er hat keine Freunde, die ihm letztmalig helfen, noch nicht bezahlen können. Also — Pleite! Vielen anderen geht es nicht anders, der Lieferant wundert sich, wo die Aufträge bleiben, dabei hat er die schlechte Geschäftslage selbst verschuldet, indem er das Geschäft zur Spekulation ausarten ließ. Ein Geschäftsmann aber der spekuliert, ist schon früher nicht als sicher angesehen worden, und wenn wir im Geschäftsleben wieder gefunden wollen, so ist vor allem eine feste Währung die Grundlage, welche die Dollar-Goldmark nicht ist. Ein weiteres Beispiel, daß die heutige Berechnungsweise unbedingt zu großer Arbeitslosigkeit führen muß, aus eigener Erfahrung: Ich verkaufte in den letzten 14 Tagen 55 000 Reklamen (sicher eine Anzahl, bei der das Resultat als maßgebend anzusehen ist) und legte dabei teils feste Preise in Papiermark, teils die Dollar-Goldmark-Berechnung zugrunde. Während nun auf erstere Berechnungsart so ungeheuer viel Aufträge eingingen, wie sonst nie zuvor, ist auf die 55 000 Reklamen auch nicht ein einziger Auftrag auf die Dollar-Goldmark-Währung gekommen. Diese Erfahrung aus der Praxis sollte manchem Lieferanten zu denken geben. Der kleine und mittlere Geschäftsmann hat schlaflose Nächte, ob er auch für die bestellten Sachen bei steigendem Dollar die Betriebskapitalien heranschaffen kann, wird also nicht nur pekuniär, sondern auch körperlich und geistig ruiniert. — Also weg mit der Dollar-Goldmark, jede Spekulation führt über kurz oder lang zum Ruin.

Von der soeben errichteten neuen Regierung muß vor allem gefordert werden: Eine feste Währung! Statt Millionen- und Milliardenmarkstücken sollten „Deutsche Dollar“ ausgegeben werden welche den Nennwert von 4 Mark haben und die gleich 4 Millionen Papiermark angenommen werden müssen. Eine starke Regierung gehört dazu, daß alle Spekulation bei Einführung des „Deutschen Dollars“, sei es in Ware oder Arbeitskraft verboten sind, so daß derselbe so festen Stand behält, wie ehemals die deutsche Mark.

Wenn dann der deutsche Geschäftsmann wieder rechnen kann, der deutsche Arbeiter weiß, was er für sein Geld erhält, werden auch für den Deutschen wieder erträgliche Zeiten anbrechen.

Es ist 5 Minuten vor 12 der Inflation Einhalt zu gebieten, denn Deutschland kann sich den Luxus der Inflation nicht erlauben, wie Rußland, welches sich durch seine großen Ländereien selbst imstande zu ernähren ist! Regierung habe Einsicht, ehe es zu spät ist!

Neue Brotpreiserhöhungen.

Berlin, 29. Aug. Mit Wirkung vom 3. September wird gemäß einem Beschluß des Reichskabinetts der Abgabepreis der Reichsgetreidestelle für das von ihr an die Kommunalverbände zur Markenbrotversorgung gelieferte Getreide für die Tonne auf 40 Millionen Mark im Durchschnitt erhöht. Seit der letzten Heraussetzung am 23. Juli sind infolge der außerordentlichen Marktentwertung die sonstigen Kosten des Markenbrotbrottes derartig gestiegen, daß sie in ein nicht weiter erträgliches Mißverhältnis zu dem Getreideabgabepreis geraten sind. Der Anteil des Mehls am Brotpreis beträgt nämlich in der Woche vom 20. August ab nur noch etwa 4 Prozent des Markenbrotpreises gegenüber 96 Prozent sonstigen Unkosten, während er in normalen Verhältnissen wie vor dem Kriege im Durchschnitt etwa 61 Prozent gegen 39 Prozent sonstige Unkosten ausmachte. Durch diese Entwicklung entfiel für die Reichsgetreidestelle ein immer mehr sich steigender Verlust, der ein Festhalten an dem bisherigen Getreidepreis ausschließlich und ein ernstes Hindernis auf dem Wege der Gesundung unserer Geld- und Finanzverhältnisse darstellte. Auch nach der Erhöhung wird der Abgabepreis nur etwa den vierten Teil des derzeitigen freien Getreidepreises ausmachen. Das Markenbrot wird unter Zugrundelegung der Berliner Verhältnisse vom 3. September ab voraussichtlich etwa die Hälfte von dem kosten, was für die gleiche Menge freien Getreides bereits vom 22. August ab zu zahlen war.

Das deutsche Volksoffer bedarf weiterer Mittel.

Berlin, 29. Aug. Die Erhebung der Rhein- und Ruhrabgabe rief vielfach die Auffassung hervor, daß die Aufgaben, die das deutsche Volksoffer (Rhein- und Ruhrspende) bisher erfüllt hat nunmehr aus den Erträgen der neuen Steuern finanziert würden. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß die Sammlungsgelder des deutschen Volksoffers nicht zur Deckung staatlicher Ausgaben für das besetzte Gebiet, wie Kreditaufnahme und Sicherstellung der Lebenshaltung, bestimmt sind. Alle Ausgaben dieser Art wurden auch vor dem Erlaß der neuen Steuererhebung aus Reichsmitteln bestritten. Das deutsche Volksoffer dient rein karitativen Zwecken. Würden die Spenden zum deutschen Volksoffer aufhören, so würde das ganze große Gebiet der Wohlfahrtspflege, das nach Berichten aus dem besetzten Gebiet überhaupt im wesentlichen der Tätigkeit des deutschen Volksoffers seinen Fortbestand verdankt, schwer leiden, vielleicht überhaupt zum Erliegen kommen. Das deutsche Volksoffer bedarf daher zur Fortführung der Wohlfahrtsaufgabe unbedingt weiterer, erheblicher Geldmittel. Die notleidenden Kinder, Gefangenen und Ausgewiesenen haben ein Recht, ein Opfer

zu fordern. Die wirtschaftliche Not, die auch im unbefestigten Gebiet viele getroffen hat, ist immer noch gering gegenüber den Leiden welche die Bevölkerung im befestigten Gebiet zu erdulden hat. Hülfe daher jeder auch weiterhin nach Kräften!

England wünscht Verhandlungen.

Nachdem die große englische Note vom 11. August, wie die französische und belgische Antwort beweisen, keinen sonderlichen Erfolg gehabt hat, scheint die englische Regierung den Versuch zu machen, auf neuer Basis und zwar auf Grund des Stresemann-Angebots, eine Aktion einzuleiten. In ihren heutigen Leitartikeln beschäftigen sich die "Times", die "Morning Post" und der "Daily Telegraph" mit der belgischen Anregung, daß der weitere Gedankenaustausch unter den Alliierten in mündlichen Verhandlungen fortzusetzen wäre, die dazu bestimmt sein sollen, eine Konferenz vorzubereiten. Diese Blätter unterstreichen in ihren Kommentaren die Erklärung des Reuterschen Büros zur belgischen Note, wonach England nur dann zu mündlichen Besprechungen mit den Alliierten bereit sei, wenn die englische Regierung vorher darüber orientiert sei, daß Frankreich und Belgien bereit seien, über ihre beiden letzten Noten hinausgehende Konzessionen zu machen, um eine Einigung zu erzielen. In der Reuterschen Note wird ausdrücklich darauf verwiesen, daß die englische Regierung keine Veranlassung habe, die öffentliche Darlegung des englischen Standpunktes zugunsten geheimer Verhandlungen aufzugeben, solange sie nicht davon überzeugt sei, daß ein günstiges Ergebnis solcher Verhandlungen in naher Aussicht stehe. Die "Times" und der "Daily Telegraph" geben, anscheinend offiziös informiert, zu verstehen, daß eine Besprechung, die nach englischer Ansicht Aussicht auf Erfolg haben könnte, von den neuesten Reparationsvorschlägen des deutschen Reichskanzlers ausgehen müßte. Die "Times" erklären, daß zwischen den Forderungen der Alliierten und dem deutschen Angebot bereits eine so weitgehende Annäherung vollzogen sei, daß eine mündliche Besprechung der neuen Vorschläge des deutschen Reichskanzlers Aussicht auf Erfolg biete.

Der "Daily Telegraph" stellt in gleicher Weise fest, daß, wenn die Alliierten ernsthaft Besprechungen wünschen sollten, solche Besprechungen stattfinden müßten, um festzustellen, inwiefern die Lage durch die neuen Erklärungen Dr. Stresemanns geändert sei. Das Blatt fügt bezeichnenderweise hinzu, daß in manchen belgischen und französischen Kreisen anscheinend die Meinung vorhanden sei, Berlin in dieser Frage außer Acht zu lassen als ob es bei einer Lösung gar nicht auf Deutschland ankäme.

Man kann die Stellungnahme der amtlichen englischen Kreise wohl dahin richtig interpretieren, wenn man betont, daß England zu mündlichen Besprechungen in der Reparationsfrage sofort bereit wäre, wenn Frankreich und Belgien zu erkennen geben würden, daß sie bereit seien, ohne Rücksichtnahme auf das gegenwärtige Stadium des Ruhrkonflikts in eine sachliche Besprechung der neuesten deutschen Vorschläge einzutreten.

Angeblliche Annäherungsversuche von Stinnes.

Paris, 29. Aug. Die Mitteilungen der Daily Mail über die von Stinnes unternommenen Annäherungsversuche werden in hiesigen politischen Kreisen lebhaft besprochen. Am Quai d'Orsay wurde gestern abend zugegeben, daß von deutscher Seite gewisse "Führer" ausgetradet worden seien, man betont aber, daß es sich nicht um eine amtliche Sondierung handle und daß die Sondierung nicht in Paris unternommen wurde. Man versichert weiter, daß die französische Regierung diesem Führer von nichtamtlicher Seite keinerlei Bedeutung beimesse. Am Quai d'Orsay wird betont, daß die französische Regierung jederzeit zu Unterhaltungen mit der deutschen Regierung bereit ist. Man präzisiert diesen Standpunkt ausdrücklich dahin, daß Frankreich ohne Rücksicht auf den passiven Widerstand bereit ist, der deutschen Regierung jede gewünschte Aufklärung zu erteilen, vorausgesetzt, daß die deutsche Regierung den Wunsch, eine solche Aufklärung zu erhalten, auf dem normalen diplomatischen Wege zu erkennen gibt und daß es sich um Fragen handle, die ohne Verletzung der französischen Interessen beantwortet werden können. Man denkt dabei nicht nur an eine Aenderung der Ruhraktion im Falle der Einstellung des passiven Widerstandes, sondern überhaupt an die gesamten Probleme, die in den amtlich veröffentlichten französischen Noten und sonstigen Dokumenten berührt worden sind. — Von deutscher Seite wurde diese Nachricht bereits dementiert.

Französische Komplimente für den deutschen Reichskanzler.

Paris, 29. Aug. Im Augenblick scheint es, als sei Poincaré wieder zu der passiven Politik des Wartens zurückgekehrt. Vielleicht spielen dabei die Warnungen der Nationalisten und der von der Großindustrie inspirierten Blätter vor den durch Stresemanns Ernennung zum Kanzler erweckten Illusionen eine Rolle. Das "Journal Industrielle" führt in ihrem heutigen Leitartikel aus, daß es Stresemann unbestreitbar gelungen sei, mit seiner ersten Kundgebung eine günstige Stimmung für sich in den Kanzleien und der öffentlichen Meinung herbeizuführen. Dieser Kanzler, dem es gelungen sei, in vierzehn Tagen die Stimmung der Teilnehmer am Spiel zu ändern, werde ein gefährlicher Gegner sein, soweit es

wirklich um den Spieleinsatz geht. Glücklicherweise denke Poincaré gerade an diejenigen Aufgaben, die geeignet seien, den Kanzler zu den mahren Fragen zurückzuführen. Bis jetzt, so führt das Blatt fort, wisse man nichts von einem offiziellen oder auch nur indirekten Schritt Stresemanns zur Einleitung von Verhandlungen. Nach den Reden Stresemanns müsse man annehmen, daß er die Methode des Ruhhandels anwenden müßte, die darin bestehe, die Hand der Blondes anzubieten, wenn der andere um die Hand der Braunen anhölt und umgekehrt. Wenn Stresemann andere Pfänder geben wolle, so wolle er dadurch die Franzosen, wie der Fuchs in der bekannten Fabel, nur dahin bringen, daß sie fallen lassen, was sie in der Hand haben. Aber Frankreich müsse warten, bis der Fuchs sich genauer ausdrücke.

Ein Rückschritt!

Paris, 28. Aug. Die belgische Antwortnote, die schon stilistisch hinter der Note Poincarés vom 20. August zurücktritt, hat durch die Verzögerung ihres Bekanntwerdens nichts gewonnen. Sie erscheint im ganzen als die Kundgebung einer Regierung, die ihren zeitweise entscheidenden Einfluß auf den Gang der Dinge zum großen Teil eingebüßt hat, und wenn das langwierige Fortschreiten ihrer Abfassung in manchen Kreisen eine gewisse Spannung zu erzeugen vermochte, deren Hauptgegenstand Vorschläge der Belgier waren, so erweist sich heute, daß die belgische Regierung sich zur Genüge bewußt ist, zwar einen Wunsch auszusprechen, aber keine Initiative zu ergreifen, eine Tatsache, an der niemand zweifeln konnte, der Gelegenheit hatte, der öffentlichen Meinung in Paris täglich den Puls zu fühlen. Wenn die belgische Note, wie man sich in England zu wünschen scheint, zum Ausgangspunkt neuer Verhandlungen werden soll, die in entsprechender Weise neue Ziele haben müßten, so wird das selbstverständlich nur auf Grund gewisser Abweichungen von der in der letzten französischen Note oder genauer gesagt im französischen Gelbbuch vertretenen Auffassung möglich sein. Diese Abweichungen werden in der belgischen Note nicht offen ausgesprochen. Sie sind vorhanden und bestehen im Gegensatz zu den Feststellungen der französischen Presse in etwas mehr als Schattierungen. Aber die Vorsicht, mit der der Verfasser der Note sie behandelt haben, gestattet kein großes Vertrauen in die Stärke ihrer Stellung. Man kann sich fast auf die Feststellung beschränken, daß die Note, weit entfernt, der Entwicklung der Wiederherstellungsfrage einen unmittelbaren Anstoß zu geben, diese vielmehr durch die Einführung neuer Forderungen verwickelter als je gestaltet: Sie verlangt unter gewissen Voraussetzungen eine Durchsicht des Verteilungsschlüssels von Spaa und sie schließt sich in aller Form dem Plan an, die deutschen Finanzen unter Verbündetenkontrolle zu stellen. Das erstere läuft auf eine Erhöhung des belgischen Anspruches auf 6 1/2 Milliarden hinaus, ungedeutet die von Belgien bereits empfangenen Zahlungen, und die Vermittlung muß um so größer erscheinen, als die Note an keiner Stelle die erneute Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit ablehnt. Die jeder Verteilung feststehender Summen vorangehen müßte. Was die Finanzkontrolle anlangt, beruft sich die belgische Regierung darauf, daß in diesem Punkt unter den verbündeten Regierungen heute Einigkeit bestehe. Der Temps, dessen Polemik gegen England des öfteren den Ansichten erweicht hat, als stehe die französische Regierung auf dem entgegengesetzten Standpunkt, wird dadurch gezwungen, die ausschließliche Verantwortung für dieses Mandat selbst zu übernehmen. Das bedeutet nicht, daß das halbamtliche Blatt auf eigene Faust in dieser Frage Stellung genommen hätte, es beweist nur, daß die französische Regierung aus taktischen Gründen zur Zeit eine allgemeine Finanzkontrolle beibehält, weil diese die Verpfändung der besetzten Gebiete ausschließen würde, daß sie aber für eine spätere Regelung sich ihre Entschlüsse vorbehält. Es liegt kein Grund zu der Annahme vor, daß diese Entschlüsse im gegebenen Augenblick von der überheblichen französischen Politik der allen Wiederherstellungskonferenzen, die stets die Rückföhrung im strengsten Sinne des Wortes zum Ziele hatten, abwichen werden.

Frankreich mit der belgischen Note zufrieden.

Paris, 28. Aug. Havas verbreitet folgende Mitteilung: Die belgische Antwort auf die englische Note, die bereits die vollkommene Billigung Poincarés erhalten hat, wird in den französischen politischen Kreisen sehr günstig aufgenommen. Man beglückwünscht sich zu dem Geiste enger Solidarität, den die belgische Regierung gegenüber der französischen Regierung zeigt, und man stellt mit lebhafter Genugtuung die vollkommene Uebereinstimmung der Ansichten der beiden Regierungen in den Fragen, die die Siegesmäßigkeit der Ruhrbesetzung, die Einstellung des passiven Widerstandes usw. betreffen, fest. Die belgische Note behandelt mit ebenso großer Festigkeit wie Herzlichkeit die Punkte, die das Land selber angehen, und der glänzend vertretene Grundgedanke der belgischen Priorität hat immer noch — das weiß man — die feste Unterstützung Frankreichs. Die belgische Regierung, die in ihren Grundgedanken der Hoffnung

Ausdruck gibt, daß die Besprechungen in herzlicher und vertraulicher Weise fortgeführt würden, ohne daß davon die Rede wäre, in nächster Zeit eine interalliierte Konferenz einzuberufen, befindet sich auch in diesem Punkte in Uebereinstimmung mit der französischen Regierung. Die französische Regierung ist gleichfalls der Ansicht, daß eine große interalliierte Zusammenkunft nützlichweise erst dann einberufen werden kann, wenn alle alliierten Regierungen die Sicherheit erlangt haben, zu einer uneingeschränkten Verständigung und zu konkreten Lösungen zu kommen.

Sozialistische Kapitulation an der Ruhr.

Der passive Widerstand.

Berlin, 29. Aug. Der Sekretär der Arbeiterinternationale Tom Shaw hat auf Grund von Feststellungen an Ort und Stelle über die Lage im Ruhrgebiet einen Bericht erstattet, in dem er erklärt, daß die Gewerkschaft und sozialdemokratischen Vertrauensmänner im Ruhrgebiet bereit seien, unter gewissen Bedingungen den passiven Widerstand aufzugeben. Der sozialdemokratische Parlamentsdienst bestätigt diese Angaben und bemerkt, die deutsche Arbeiterschaft und mit ihr die gesamte Bevölkerung des Ruhrgebietes ist nicht abgeneigt, den passiven Widerstand aufzugeben, sobald Frankreich sich durch eine Formulierung bereit erklärt, die Ausgewiesenen zurückzulassen und die Gefangenen freizugeben, sowie allgemeine Sicherheiten für Leben und Existenz der Bevölkerung zu bieten. Diese Bereitwilligkeit zur Aufgabe des passiven Widerstandes ist nicht aus der Aufassung geboren, daß wir sonst kapitulieren müssen, sondern kann lediglich als neuer Beweis für den Verteidigungswillen unserer Volksmehrheit gewertet werden.

Wenn die Nachricht in dieser Form zutrifft, dann würde sie den Anfang vom Ende des Widerstandes an der Ruhr, den Anfang der Kapitulation bedeuten. Da unter den Voraussetzungen aber irgend ein Zugeständnis hinsichtlich der Zurückziehung der französisch-belgischen Besatzungsmacht gar nicht angedeutet ist, möchten wir einstweilen die Vollständigkeit der Meldung bezweifeln. Auf alle Fälle ist sie außerordentlich bedauerlich.

Die Auffassung der Regierung zu den Vorschlägen Tom Shaws.

Berlin, 29. Aug. Der Bericht des Sekretärs der Arbeiterinternationale Tom Shaw ist in Berliner Regierungskreisen als ein beachtenswerter Beitrag zur Ruhrgebietsfrage angesehen worden. Freilich, was dort als Garantien für die Aufgabe des deutschen Widerstandes bortsche und vom Sozialdemokratischen Parlamentsdienst als solche akzeptiert werden, das sind nichts anderes als selbstverständliche Bedingungen und Voraussetzungen dafür.

Gründlich mißverstanden.

Essen, 30. Aug. Die Ausführungen des engl. Arbeitervertreeters Tom Shaw die gestern im Ruhrgebiet bekannt wurden, haben hier nicht geringes Erstaunen hervorgerufen. Tom Shaw muß die deutschen Arbeiter gründlich mißverstanden haben. Die Bedingungen, die er angibt, haben sich die deutschen Gewerkschaften niemals zu eigen gemacht. Es kann gar keine Rede davon sein, daß der deutsche Arbeiter derartige egoistische Bedingungen für eine eventuelle Aufgabe des passiven Widerstandes jemals aufheben konnte. Damit entfallen auch die weiteren Bedingungen die der Vorwärts an den Bericht von Tom Shaw geknüpft hat.

Vorbereitungen zum Endkampf.

Wer in der letzten Zeit die ausländische Presse etwas näher verfolgt hat, besonders jene Organe, deren Daseinszweck jeder unersöhnlicher Deutlichkeit und Unterstützung jeder gegen die deutsche nationale und wirtschaftliche Existenz gerichtete Politik gewesen ist, wird eine verstärkte Rührigkeit und ein planmäßiges Wiederaufnehmen der früheren Propagandamethoden feststellen müssen.

Wir wissen ja auch, worauf es unseren Feinden ankommt. Poincaré will seinen zweiten Krieg gegen Deutschland gewinnen und will ihn mit einem zweiten "Versailles Frieden" abschließen, der jenen ersten Diktatortvertrag noch weit in den Schatten stellen soll zu dessen Vorbereitungen er u. a. die Einzelheiten des Tilsiter Friedens studiert, der ihm aber natürlich auch noch lange nicht genügt.

Daß dieser zweite Krieg mit den schon von Clemenceau angekündigten "anderen Mitteln" geführt wird, ändert an seinem Wesen und seinen Zielen gar nichts. Deutschland soll seinen letzten wirtschaftlichen Halt und danach seine nationale und soziale Ordnung verlieren. Darauf soll es vor den französischen Forderungen kapitulieren, die nicht nur eine dauernde Finanzverklammerung, sondern auch die Schaffung eines rheinischen Sonderstaates von Frankreichs Gnaden bedeuten werden, worauf

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Runkel.

8) Nachdruck verboten. "Ja, alter Cicero, aber dabei brauchen Sie mir nicht die Schulter lahmzuschlagen." "Cicero?" fragte erstaunt Mag seinen Chef. Der lachte und antwortete: "Natürlich Cicero, der Ritter spricht ja überhaupt nur — Jägerlatein." "Nun hören Sie aber auf, Sie lebendige lateinische Grammatik, fagen Sie mir das nicht noch mal." Dann wandte er sich wieder zu Mag, schüttelte ihm noch einmal die Hand, als ob er ihm den Arm aus dem Gelenk reißen wollte, und ließ sich neben ihm in den Stuhl fallen. "Nun red' auch einen Ton und starrt mich nicht so an, oder bist du stolz und übermütig geworden in den zwölf Jahren, die wir uns nicht gesehen haben?" Mag erinnerte sich nicht genau mehr, ob er sich mit dem damaligen schlanken und hübschen Forstassessor geduzt hatte, aber es war wohl möglich, denn der Altersunterschied ist nicht allein maßgebend für solche Vertraulichkeiten in der Jugend. Vielleicht hatten sie, wenn sie in später Nacht oder am frühen Morgen mit der Büchse über der Schulter im stillen Wald gestreift waren, aus der Feldflasche Brüderschaft getrunken. Mag konnte sich nicht mehr entsinnen, wie es gewesen war. Aber es hiesse den Mann, den er in seinen Gedanken als seinen schlimmsten Gegner zu betrachten gewöhnt war, auf's Tiefste verletzen, wollte er sein herzliches Entgegenkommen nicht ebenso herzlich erwidern. Schließlich mußte der Oberförster ja auch wahrscheinlich gar nicht, daß er so furchtbar in das Leben Magens eingegriffen hatte und eine Ablehnung des kameradschaftlichen Du hätte eine unnütze Verstimmung hervorgerufen. Das alles schoß ihm blitzschnell durch den Kopf, als Molhs Gatte sich neben ihm niedergelegt hatte. "Nun, du bist ja wie auf den Mund gefallen, Mag," fing er wieder an und hielt ihm das schäumende Glas Bier hin, um mit ihm anzustoßen. "Wenn du auch nicht reden willst, mach' wenigstens deine Luke zum Bier schlucken auf."

"Meine Luke, wie du dich so poetisch ausdrückst, ist durchaus nicht zugepfloffen. Ich wundere mich nur, wie du dich entwickelt hast." "Ja, das macht die Waldluft, das gute Bier und..." "Die gewilderten Rehböcke," warf Rechtsanwalt Prollus ein. "Sei du ja still, du Rechtsverdrehler, sonst lasse ich dich auf einen Hirsch binden und durch die Bulau hegen." Die Bulau war der tiefe mächtige Laubwald, in dessen verschwiegenem Inneren das Forsthaus Wolfgang lag. Mit dem Namen Bulau wachten plötzlich wieder alle schmerzlichen Erinnerungen in Mag auf, und nur zögernd ließ er sein Glas mit dem des Oberförsters zusammensinken, als dieser jetzt auf die Bulau und die goldenen Jugendjahre mit ihm anstieß. "Weißt du, Mag, um eine Uhr holt mich meine alte hier mit dem Wagen ab. Du kannst gleich mit uns hinausfahren und bei uns bleiben. Sie wird sich sehr freuen. Manchmal noch kramt sie deine alten Gedächtnisse aus und liebt sie. Ich glaube wahrhaftig ihr zwei beiden habt so ein bißchen Schiller und Laura gespielt, ehe ich dazwischen kam. Was?" Mag war aufs Tiefste erschrocken, und nur mit Mühe konnte er antworten: "Das war bedeutungslos, Karl." "Aber es war doch der Fall. Siehst du, ich hab's ihr immer vorgehalten. Sie hat mich ja auch nie eine Zeile lesen lassen von den Gedichten. Na, alter Kerl, die Primanerliebe soll leben! Komm mit hinaus heute, schöner Tag, was Anständiges zu trinken findest du bei uns immer und nachmittags gehen wir in den Wald Lapins schießen, wie in jungen Jahren." "Ich danke dir wirklich, Karl, aber ich kann leider nicht." "Ich kann nicht, kann nicht, der Mensch kann alles." "Diesmal nicht, denn ich bin verjagt." "Verjagt heißt gar nichts. Laß den alten Onkel sitzen und komm mit uns." "Der alte Onkel bin ich," müßte sich jetzt der Direktor ins Gespräch, "und wenn Sie sich so despektierlich über mich ausdrücken, dann werde ich auf andere Weise Rache an Ihnen nehmen."

"Ich verstehe Sie schon", antwortete lächelnd der Oberförster. "Sie wollen meinen kleinen Jungen verhaun." "Nein, das überlasse ich Herrn Dr. Müller, der ja von heute ab Ordinarius der Quinta ist." "Haste nicht gesehen, da muß ich mich ja erst recht an dich halten, hau ihn, soviel du willst, aber recht kräftig, der Bengel kann's vertragen. Viel Bestand hat er nicht, aber dafür desto mehr Knochen und Muskeln wie sein Vater." "Stimmt," rief der Rechtsanwalt Prollus über den Tisch. Der Oberförster stieß ein paar mal seinen Stuhl auf den Boden und drohte dann dem Juristen mit der geballten Faust. "Komm du mit nur wieder zur Treibjagd, dich werd' ich anstellen." Dann wandte er sich zu Mag: "Siehst du, so wird man auf seine alten Tage von dieser Gesellschaft eingelappt, und schließlich brauchen Sie mich doch alle. Da kommen sie aber nicht selbst, sondern schicken mir ihre Weiber auf den Nacken. Da heißt's dann zuckerfüßig: Ach, liebster, bester Herr Oberförster, ich muß einen Rehrücken haben, ich muß, ich muß. Der Teufel soll's euch holen, wartet nur, ich tränk's euch ein. Hammel sollt ihr fressen statt Reh und alle meine Ragen statt Hasen." "Eine angenehme Aussicht", warf der Direktor ein. "Na Sie nicht, Direktoren, mit ihnen muß man sich halten, wenn's auch nur um der lieben Brut willen ist." "Wann bringen Sie denn Ihren Kleinsten?" "Uebers Jahr kommt er: Er ist mir noch ein bißchen zart, und meine Alte will ihn noch ein Jahr zu Hause behalten." In diesem Augenblick fuhr ein Wagen vor den "drei Hasen" vor und hielt. "Seht ihr, da hat man's. Wenn man den Wolf nennt, fällt er in die Grube. Da ist sie schon und holt mich ab." Er stand geräuschvoll auf, öffnete das Fenster und rief hinaus: "Komm einen Augenblick herein, Alte, eine Ueberraschung." Mag wollte das Herz stillstehen, mit aller Gewalt raffte er sich zusammen. Er mußte ihr ja gegenübertreten, mußte sie freundlich begrüßen, und durfte sich nichts merken lassen. Viel Zeit zum Besinnen hatte er nicht, denn schon öffnete sich die Tür, und die hohe Frauengestalt trat in die niedrige dämmerige Gaststube.

die Polen im Osten von neuem über die Grenzen brechen würden, um sich zu nehmen, was ihren Appetit reizt, und der hilflose von Bürger- und Hungerkrägen verwüstete Rest des ehemaligen Deutschen Reiches sich wohl oder übel unter den Schutz eines internationalen Konföderationsflüchtlings müßte. Das ungefähr war und ist der Wunsch Poincares und der Seiner und schon glauben sie ihrem Ziele auch ganz nahe zu sein. Denn die übrige Welt hatte ihren zweiten Krieg, der besonders im Ruhrgebiet und am Rhein geführt wurde, ja mit wohlwollender Neutralität begleitet, und in Deutschland mehrten sich die verschiedenen Versäuerungen bereits so, daß die erfahrensten politischen Hyänen das nahe Ende voraussagen zu können glaubten.

Aber da sind nun doch noch in letzter Zeit wirklich in zwölfster Stunde für Herrn Poincare unerwartete Widerstände hervorgetreten. Nicht nur scheint in Deutschland selbst eine nicht mehr für möglich gehaltene Widerstandskraft sich aufzuwecken, die besonders mit der Regierungsübernahme durch den neuen Kanzler Dr. Stresemann hervortritt. Nein, auch die Weltmeinung ist jetzt vielfach unruhig geworden. In England hat sich sogar die Regierung zu einer offenen Beurteilung der französischen Ruhrpolitik gezwungen, die freilich bisher wie das Hornberger Schießen ausgelaufen ist, die aber doch zweifelhaft machen kann ob die wohlwollende Neutralität noch sehr lange bis zu dem endgültigen Sieg Poincares und bis zu dem „zweiten Versailles“ aushalten wird. Die römische „Idea Nazionale“ hat es sogar schon fertig gebracht, von dem „deutsch-feindlichen Märchen“ zu sprechen, mit dem hauptsächlich die Entente den ersten Krieg gegen Deutschland geführt habe. Und gerade jetzt, wo alle unerschrockenen Deutschenfeinde und Hyänen sich ihrer Beute schon wieder so sicher fühlen.

Dem muß entgegengearbeitet werden. Und so sehen wir denn seit einer Woche die feindliche Eigenpropaganda, an der Spitze die Pariser Presse und Northolts Bruder Lord Rothemann, in feierhafter Rätigkeit, um die Welt mit den alten Mitteln der unausgesetzten Wiederholung der Lüge von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands zu bearbeiten. Das ist das Propagandatrommelfeu, mit dem Poincare seinen letzten entscheidenden Schlag vorbereitet. Seien wir doppelt auf der Hut!

Neue Bedrückung im besetzten Gebiet.

Erweiterung der Besetzung?

Köln, 29. Aug. Der Kölner Vertreter der Times meldet seinem Blatte, daß die Einschleppung der englischen Zone durch französische Posten erneute Schwierigkeiten hervorgerufen habe. Die Franzosen weigerten sich nämlich, die Gültigkeit der besonderen Pässe anzuerkennen die von den Engländern für die Dauer der gegenwärtigen Sperre ausgestellt werden. Hinsichtlich der in der letzten Zeit aufgetretenen Gerüchte über eine Ausdehnung der Besetzung auf eine Reihe weiterer Städte sagt der Berichterstatter, es werde behauptet, daß das Steierland zusammen mit dem Sauerland und zwar bis Münster hin besetzt werden soll, desgleichen das ganze Gebiet zwischen Rhein und einer Linie die von Münster bis Limburg verläuft. In diesem Zusammenhang sei bedeutungsvoll, was die Deutschen das scheinende Vorwärtsschreiten nennen; die stille Besitzergreifung von einer neuen Stadt alle zwei bis drei Wochen, wie es seit längerer Zeit zwischen Limburg und Frankfurt a. M. vor sich geht.

50 Personen mit englischen Pässen festgenommen.

Münster, 29. Aug. Auf der Bahnstation Hammerstein bei Bielefeld wurden gestern von den Franzosen 50 Personen, die im Besitze englischer Geleitscheine waren, festgenommen, schwer mißhandelt und in das unbesetzte Gebiet abgehoben. Die englischen Pässe wurden zerrissen. Das Zollamt Bielefeld wurde von den Franzosen besetzt; der Zollinspektor und vier weitere Beamten sind festgenommen worden.

Wesentliche Verschärfung der Grenzsperr.

Darmstadt, 29. Aug. Die Grenzsperr wurde wesentlich verschärft. Die Franzosen sind an einigen Stellen dazu übergegangen, in das unbesetzte Gebiet vorzuziehen und Straßen, die in unmittelbarer Nähe des besetzten Gebietes liegen, mit in das besetzte Gebiet hineinanzuziehen. Sie haben diese Straßen stellenweise aufgerissen, sodaß der Fahrverkehr unmöglich wurde.

Krupp im Gefängnis zu Lille.

Wien, 30. Aug. Nach einer vom Neuen Wiener Journal bei der hiesigen französischen Gesandtschaft eingeholten Information ist Herr Krupp von Bohlen und Halbach in das Gefängnis von Lille überführt worden.

Da stand sie nun vor ihm, der gefürchtete Augenblick war da. Sie sahen sich in die Augen, und ihre Hände, die sie einen Augenblick ineinander hielten, zitterten heftig. Sie war noch so schön wie vor Jahren, da er im Schmerz von ihr gegangen. Dieselben unergründlichen Augen blickten ihn an, nur der Mund hatte etwas Herbes, als ob das Leid des Lebens nicht spurlos an ihr vorübergegangen wäre.

„Nun, was starrst du mich an, als ob ich dich erst bestimmen müßte, wo ich hingehört. Kennst du deinen Jugendgepielen nicht mehr, Molly?“

„Ich freue mich aufrichtig, Sie wiederzusehen,“ begann Mag mit bewundernd-würdiger Festigkeit, und sie antwortete in demselben Ton:

„Ich heiße Sie herzlich willkommen in der alten Heimat, Herr Doktor.“

Man merkte den beiden an, die Szene hatte etwas Peinliches für sie, besonders, da aller Augen sich auf sie richteten. Karl Ritter war aber nicht der Mann, etwas derartiges zu empfinden, oder gar einen Versuch zu machen, die unangenehme Situation abzukürzen, im Gegenteil, er verschärfte sie noch.

„Was, ihr Heuchler,“ brüllte er, „sagt unter einem Dach aufgewachsen, Jugendgepielen, Jugendfreunde und sagt „Sie“ zueinander? Wollt ihr euch gleich duzen, da schlag doch der Teufel rein!“

„Aber Karl, die Zeiten haben sich doch geändert,“ bemerkte Mag mit ruhiger Würde.

„Was sich gar nichts geändert. Wenn Molly auch meine Alte ist, braucht sie dir deshalb doch nicht die Freundschaft zu kündigen.“

„Du mußt das ganz dem Empfinden der gnädigen Frau anheimstellen und darfst da nichts hineinreden.“

„Mein Mann hat recht, und so heiße ich dich denn nochmals herzlich willkommen.“

„Das wollte ich dir auch geraten haben.“

Molly lächelte ihren Gatten müde an und verbeugte sich schnell gegen die Anwesenden, um der Situation, die ihr unendlich peinlich war, ein Ende zu machen. Aber Ritter war noch nicht fertig.

„Was, du willst schon weiter? Geh dich einmal hierher.“

„Nein, ich muß nach Hause.“

„Ganz recht, gnädige Frau,“ rief jetzt Prollius, „lassen Sie sich nur nicht von ihm tyrannisieren.“

„Du, hebe mir meine Frau nicht auf, das lasse ich mir nicht gefallen... Wenn du durchaus nicht einen Augenblick bei uns Platz nehmen willst, Molly so fahre voraus, ich bleibe noch ein bißchen und komme dann mit Kaufs Sonntagskutsche nach.“

Remscheid, 29. Aug. Von der französischen Besatzungsbehörde ist eine Verordnung angeschlagen, die um 29. August in Kraft tritt. Unter anderem heißt es: Es ist jedem Deutschen verboten, zu verkehren oder sich festzusetzen auf einer Geländestrecke, von 1 Kilometer Breite, gerechnet vor und hinter den Zollwachen. Die Linie die genau festgelegt ist, verläuft auf den Straßen: Gerstau bis Nüdelshalbach, von Nüdelshalbach bis Blume (Kemp), Blume und Straßenwache Kadernwald bis gegen Bagenburg, Kadernwald und Bergisch-Born. Jede Person, die in dieser Zone angetroffen wird und dort nicht wohnhaft ist, wird verhaftet oder auf sie geschossen, wenn sie auf den ersten Anruf nicht stehen bleibt. Der Grund der neuen Verfügung, die außerordentlich einschneidend ist, ist nicht bekannt.

Belgische Privatkantonen.

Paris, 29. Aug. Nach einer Haasmeldung aus Brüssel hat der Untersuchungsrichter gestern drei Mitglieder der Liga pro Patria vernommen, die fernerzeit nach der Explosion in dem belgischen Zug auf der Hochfelder Eisenbahnbrücke bei Duisburg an den deutschen Geschäftsträger in Brüssel einen Brief gerichtet hatten, in dem erklärt wird, daß die Liga für jeden getöteten Belgier in Zukunft im besetzten Gebiet ein Gebäude in die Luft sprengen werde. Der deutsche Geschäftsträger hat darauf gegen die Liga Anzeige erstattet. Nach dem „Matin“ haben die drei Vernommenen die Tatsache zugegeben und ihre Absicht aufrecht erhalten.

Frankreichs neue Bestrebungen auf Aenderung der kirchlichen Zusammenhänge im Saargebiet.

Die Blätter melden, der französische Botschafter habe in einer persönlichen Demarche beim Vatikan durchgesetzt, daß die Aufsicht über die von den französischen Geistlichen-Orden im Saargebiet gegründeten Schulen dem der französischen Rheinarmee zugeteilten Monsignore Raymond übertragen werden soll. Bekanntlich sind die französischen Schulen, soweit sie nicht als Nebenanlagen der Schulen für das französische Studienpersonal gegründet worden sind, dem Wortlaut und dem Geiste des Saarstatuts widersprechend. Wenn jetzt Frankreich offiziell die Beaufichtigung der widerrechtlich errichteten französischen Schulen im Saargebiet kirchlichen Beamten Frankreichs übertragen will, so kennzeichnet dieser Schritt die neuen Anstrengungen der französischen Regierung, nach den Schulen nunmehr auch in den kirchlichen Zusammenhängen des Saargebietes eine Aenderung herbeizuführen, die den französischen politischen Zielen im Saargebiet Vorschub leistet.

Frankzösische Absichten gegen das Rote Kreuz.

Genf, 29. August. In der gestrigen Geheim Sitzung der Delegierten der Roten Kreuz-Gesellschaft, die der öffentlichen Eröffnungsvorberingung voranging, hatte der französische Delegierte den Plan für die Reorganisation der Roten Kreuz-Gesellschaft offen ausgedrückt. Danach sollte das internationale Komitee vom Roten Kreuz seinen neutralen Charakter ganz aufgeben und nach Paris überwiesen werden, wo die Fusion mit der Liga der Roten Kreuz-Gesellschaften erfolgen sollte. Diese Pläne, die von Adoor als eine Verletzung der Idee des Roten Kreuzes bezeichnet wurden, lehnten außer den schweizerischen auch die meisten übrigen neutralen Mitglieder entschieden ab.

Der Geldraub als Kampfmittel.

In Düsseldorf über eine Billion geraubt.

Düsseldorf, 30. Aug. Gestern wurde ein Geldtransport von 1 Billion 3 Milliarden Mark Stadgeld von den Franzosen weggenommen. Die Fortschaffung dieser ungeheuren Summe gerüttelt den Boden mit den äußersten Mitteln wieder hergestelltem Geldverkehr in Düsseldorf dermaßen, daß keine Zahlstelle mehr in der Lage ist, zu übersehen, wie weit ihre Zahlungsmittel noch reichen. Der Umstand, daß die Wegnahme vor dem Lohnzuge erfolgt, läßt darauf schließen, daß es den Franzosen darauf ankommt, Ruhestörungen zu provozieren, wobei ihre Schützlinge, die Sonderbändler, ihr anlaßeres Handwerk treiben sollen. General Degoutte ist, da er persönliche Bescheidern nicht annehmen will, durch die Vermittlung der Ortskommandantur darauf hingewiesen, daß an eine Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs bei diesem Vorgehen der Besatzung nicht mehr zu denken sei, zumal es sich herausgestellt hat, daß die Notendruckereien und fast alle Zahlstellen unter ständiger Bewachung von französischen Agenten stehen. Die Zahlstellen haben von heute an den Zahlungsverkehr eingestellt. Die Zahlstellen der Sparkassen werden ohnehin immer noch

Frau Ritter reichte den einzelnen Herren, die jetzt aufgestanden waren, zum Abschied die Hand und verließ schnellen Schrittes das Gastzimmer, um gleich darauf weiterzufahren.

Die Unterhaltung wurde nach dem Abschied der Frau Oberförsterin allgemein. Man sprach über dies, und das, und Mag hatte Mühe, Herr der Bewegung zu werden, die das erste Zusammentreffen mit der Jugendgesellschaft in ihm wachgerufen hatte.

3. Kapitel.

Gegen ein Uhr brach die Gesellschaft der „drei Hasen“ auf und ging nach Hause. Mag folgte Direktor Röhbold nach seiner Wohnung, die an der Peripherie der Stadt in einem reizenden Garten gelegen war.

Er hatte gefragt, ob die Gattin seines Chefs eine Kattenhäuser Dame sei, hatte aber nur die Antwort erhalten, daß man den Frauen niemals eine Freude verderben dürfe. Damit hatte sich der junge Oberlehrer begnügen müssen und nicht mehr gefragt. Warum auch, die nächste Viertelstunde würde ja die Entscheidung bringen.

Der Direktor führte seinen Gast zuerst nach dem Studierzimmer, einem vierseitigen, prunklos ausgestatteten Raum, dessen einziges Fenster nach dem Garten hinausging. Es war die richtige Gelehrtenstube. Ringsum an den Wänden kein Plüschchen frei, nur Bücher und immer wieder Bücher, und auf den Bücherregalen die Büsten Homers, Sophokles', Demosthenes' und anderer Geistesheroen aus dem klassischen Altertum. Ueberall peinliche Ordnung, an jedem Buch ein Zettel mit Buchstaben und Nummer. Auf dem Schreibtisch kein Stäubchen und jeder Gegenstand an einem bestimmten Platz. In einer dunklen Ecke bemerkte Mag des Direktors geliebtes Cello und ein Notenpult, auf dem einzelne Blätter standen zum Zeichen, daß das Instrument nicht nur Dekoration war.

„Sie musizieren nicht, lieber Freund?“

„Doch, Herr Direktor, aber mit mehr Vergnügen als Talent. Ich geige ein wenig.“

„Das ist ja hübsch. Ich schäde das Cello, wie Sie sehen.“

„Ich mußte es.“

„Meine Frau spielt ausgezeichnet Klavier, so können wir in Zukunft recht hübsche musikalische Abende zusammen arrangieren. Professor Rückert spielte bisher bei uns die erste Geige. Wenn wir nun aber noch eine zweite haben, so forge ich auch für einen Bratschenpieler aus der Regimentskapelle dann bekommen wir ein schönes Quartett. Auch in der Prima haben wir ein paar vorzügliche Musiker, und ich beabsichtige, im Laufe dieses Sommers ein Konzert zum Besten unserer Armen zu geben.“

von den Franzosen unter Siegel gehalten. Die Vertretungen von Industrie, Handel und Gewerbe sowie die Arbeitgeberorganisationen wurden sofort zusammengerufen, um zu diesem Gewaltakt der Besatzung Stellung zu nehmen.

Fortsetzung des Raubes befohlen.

Düsseldorf, 30. Aug. Der Oberbürgermeister von Düsseldorf wurde bei dem Militärbesatzungsleiter des Stadtkreises Düsseldorf dem General Denvignes, vorgestellt und wies auf die Folgen hin, die die Beschlagnahme von 1 Billion 3 Milliarden Mark auf das gesamte Wirtschaftsleben der Stadt ausüben müsse. General Denvignes versprach, die Besatzung dem kommandierenden General Degouttes selbst vorzutragen. Als Ergebnis dieses Vortrags erhielt der Oberbürgermeister ein Schreiben des Oberkommandos der Rheinarmee, in dem es u. a. heißt: Nachdem die Reichsregierung alle ihre Zahlungsverpflichtungen an die alliierte Besatzungsarmee eingestellt hat, sieht sich das Oberkommando, um die Bedürfnisse der Truppen sicherzustellen, gezwungen, auf Requisition von Zahlungsmitteln in der ganzen Besatzungszone zurückzugreifen. Welches auch die Folgen dieser Requisition sein mögen, so kann ungeachtet der Haltung der Bevölkerung der Oberkommandierende den Truppen nur ihre Fortsetzung befehlen, solange nicht die Reichsregierung die regelmäßigen Zahlungen wieder aufgenommen hat, zu denen sie zu dem Unterhalt der Besatzungstruppen verpflichtet ist.

Eine italienische Militärmiffion ermordet.

Rom, 29. Aug. Idea Nazionale meldet aus Bari: Aus Valona ist die Nachricht eingetroffen, daß die in Albanien mit der Absteckung der Südgrenzen Albanien beschäftigte italienische Militärmiffion auf griechischem Gebiet von der Bevölkerung überfallen und niedergemacht worden sei. Weitere Mitteilungen aus Albanien bestätigen den Mord an der italienischen Militärmiffion in Albanien. Nach der Tribuna hat sich die Tragödie in der Umgebung von Koriza abgepielt. Es wurden dabei die 5 Mitglieder der italienischen Militärmiffion mit dem General Tellini an der Spitze, umgebracht. Die Mitglieder der französischen und der englischen Miffion scheinen unverletzt geblieben zu sein. Sie wurden durch die piratische Bevölkerung verhindert, den Italienern zu Hilfe zu kommen. Die italienische Regierung hat sofort die allerstärksten Maßnahmen ergriffen, weigert sich jedoch, über deren Charakter Auskunft zu geben. Jedenfalls werden die Maßnahmen derart sein, daß Italien volle Genugtuung für diese unerhörte Verleumdung erhalten wird. In informierten Kreisen vermutet man, daß die italienische Regierung wenig Vertrauen zu dem Einfluß der griechischen Regierung auf die Bevölkerung an den Grenzen hat, Italien selbst dafür sorgen wird, die Bevölkerung zu bestrafen. Auch die Verbündeten wurden aufgefordert, gemeinsam mit Italien bei der griechischen Regierung gegen diesen Mord Protest zu erheben.

Italienisches Ultimatum an Griechenland.

Rom, 29. Aug. Infolge der Ermordung der italienischen Militärmiffion in Albanien ist der italienische Gesandte in Athen beauftragt worden, Griechenland eine Note zu überreichen, in der Italien fordert:

1. Entschuldigungen in ausführlichster Form an die italienische Regierung, die durch die höchste griechische Militärbehörde der italienischen Gesandtschaft in Athen zu übermitteln sind.
2. Einen italienischen Trauergottesdienst für die Opfer des Mordes in der italienischen Gesandtschaft zu Athen in Gegenwart sämtlicher Regierungsmitglieder.
3. Ehrenbezeugungen für die italienische Flagge durch die griechische Flotte im Piräus vor einer Flottenrevue, die sich zu dem ausdrücklichen Zweck dorthin begeben wird.
4. Die strengste Untersuchung soll von den griechischen Regierungsbehörden vorgenommen und innerhalb 5 Tagen nach Annahme dieser Forderungen durchgeführt werden.
5. Die Todesstrafe für die Schuldigen.
6. Eine Entschädigung von 50 Millionen italienischer Lire, zahlbar innerhalb fünf Tagen nach Ueberreichung dieser Note.
7. Militärische Ehrenbezeugungen vor den Leichen der Ermordeten und deren Einschiffung auf einem italienischen Schiff in Brindisi.

Die italienische Regierung fordert, daß Griechenland in kürzester Frist antwortet.

Griechenland lehnt die Schuld ab.

London, 30. Aug. Aus Athen wird gemeldet: Der griechische Ministerpräsident erklärte in einer Unterredung, die Mörder können nur Albanier sein. Die griechische Regierung sei aber fest entschlossen, sich nicht erniedrigende Sühnebedingungen von Italien bieten zu lassen und werde deshalb den Völkern um Schutz anrufen.

Verstärkung der britischen Mittelmeerflotte.

London, 29. Aug. Reuter berichtet aus Malta, daß der Erste Lord der Admiralität, Amery, am 31. August in Marseille eintreffen und am 1. September nach Malta abfahren werde. Es verlautet, daß er dort drei Tage bleiben und sich hierauf nach Konstantinopel begeben werde, um unmittelbar die Mittelmeerflotte zu inspizieren. Man sei der Ansicht, daß der Besuch Amerys im Zusammenhang stehen könne mit der neuen Verteilung der Flotte, die in Aussicht genommen sei. Durch diesen neuen Verteilungsplan würde die Mittelmeerflotte wieder ihre frühere Stellung als stärkste britische Flotte im Dienst erhalten.

Baden.

Der Badische Städtebund an den Reichskanzler.

Billingen, 29. Aug. Der erweiterte Ausschuß des Badischen Städtebundes hat anlässlich seiner heute in Billingen abgehaltenen zahlreich besuchten Tagung folgende Kundgebung an den Reichskanzler Dr. Stresemann gerichtet: Der Badische Städtebund bittet den Herrn Reichskanzler, die Erklärung entgegenzunehmen, daß er mit vollem Vertrauen diejenigen Maßnahmen begrüßt, welche seit Antritt der neuen Regierung auf wirtschaftlichem Gebiete veranlaßt worden sind. Wenn auch die neuen Steuergesetze einstweilig in roher Form verabschiedet worden sind und so hoffen ist, daß sie in kurzer Zeit durch die Erfahrungen dem Wirtschaftsleben geschmeidiger angepaßt werden, so begrüßen wir es doch mit lebhafter Genugtuung, daß endlich der Versuch gemacht wird, den Haushalt des Reiches, der Staaten und der Gemeinden auf eine solide Grundlage zu stellen. Wir sind vollkommen überzeugt, daß nur hierdurch eine völlige Gesundung unseres deutschen Wirtschaftslebens sich ermöglichen läßt und daß auch eine erfolgreiche auswärtige Politik nur auf der Grundlage einer Gesundung unserer inneren Verhältnisse zu erwarten ist. Die im Badischen Städtebund vertretenen Städte bitten die Reichsregierung, fest auf der beschrittenen Bahn fortzufahren und versichern diese ihrer vollen uneingeschränkten Unterstützung.

Zur Strompreissage.

pa Letzter Tage fand, wie uns von unterrichteter Seite geschrieben wird, in Lahr eine Versammlung der Vertreter der vom Elektrizitätswerk Mittelbaden A.-G. versorgten Gemeinden statt. Es wurde dargelegt, daß durch die enorme Geldentwertung von der Direktion des Werkes erhebliche Anzahlungen in ultimativer Form zur Beschaffung der Mittel für die Fortführung des Betriebes gefordert werden müßten. Außerdem wurde nachgewiesen, daß der Einwand von Gemeinden, Summen, wie gefordert, in Zukunft von ihren Ein-

wohnern unmöglich erheben zu können, völlig haltlos ist. Es habe z. B. eine Gemeinde ihre Juli-Stromrechnung mit 7 1/2 Millionen Mark bezahlen können; in der Vorkriegszeit würde dieselbe Gemeinde für die gleiche Strommenge den Wert von 368 Pfund Butter zu bezahlen gehabt haben, das bedeute bei einem Preis von einer halben Million für das Pfund rund 194 Millionen, statt 7 1/2 Millionen Mark! Nach eingehender Aussprache wurde u. a. beschlossen, daß die Gemeinden von ihren Abnehmern Grund- und Mindestbeträge erheben, wie dies von den meisten Elektrizitätswerken, besonders vom Badenwerk mit Genehmigung des Landtages erfolge; ferner soll Sorge dafür getragen werden daß in Zukunft als Dreifachpreis pro Stunde der Wert von 12 Kraftkilowattstunden erhoben werde. In diesem Zusammenhang dürften die Beschlüsse der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Verbands der Elektrizitätswerke Württembergs und Hohenzollerns von Interesse sein, die soeben in Stuttgart tagte. Es wurde dort zur Beseitigung des Notstandes, in dem die Werke durch die fortwährenden Kohlenpreiserhöhungen geraten sind, beschlossen, die Strompreise auf eine wertbeständige Grundlage zu bringen. Von einer Berechnung auf Grund der Notierung des Dollars soll bei der besonderen Art des Stromgeldeinzuges Abstand genommen werden, dagegen soll als Grundlage der Strompreisberechnung für sämtliche Elektrizitätswerke der jeweilige am Ende einer Berechnungszeit gültige Kohlenpreis maßgebend sein. Als Lichtstrompreis gilt bis auf weiteres der Wert von 9 Kilogramm Kohlen. Als Kraftstrompreis werden 70 bis 80 Prozent des so errechneten Lichtstrompreises festgesetzt. Im gleichen Verhältnis wie Licht und Kraftkilowattstunden sollen auch die Licht- und Kraftpauschalen festgesetzt werden. In Zeiten rascher Geldentwertung kommen zu diesen Preisen noch angemessene Ausgleichzuschläge. Es wurde eine Kommission gewählt, die die Unterlagen für die Strompreisberechnung und die Preisberechnung selbst dauernd kontrollieren und weiter behandeln soll. Da sich die Elektrizitätswerke außer Stande sehen, mit den vorhandenen Mitteln Kohlen für den laufenden Bedarf oder ihren Abnehmern oder der Regierung außerdem Vorschüsse zur Beschaffung von Betriebsmitteln verlangen.

Sinsheim, 30. Aug. (Die neuen Personen-, Gepäck- und Expressgattarife.) Anlässlich der Einführung werbeständiger Personentarife bei der Reichsbahn auf 1. September bleibt die Geltungsdauer der Fahrkarten wie bei den früheren Erhöhungen unverändert, d. h. die Fahrkarten gelten wie gewöhnlich 4 Tage. Zur Vermeidung des nach den bisherigen Erfahrungen unumkehrbar vor Durchführungen von Tarifserhöhungen eintretenden außerordentlichen Schalterandrangs werden alle Fahrkarten, die vom 29. bis 31. August verkauft werden, mit dem Datum des 31. August abgestempelt. Die am 29. und 30. August gelösten und mit dem 31. August abgestempelten Fahrkarten gelten gleichfalls bis 3. September. Den Reisenden, die vom 1.—3. September Fahrkarten zu den jetzigen Preisen benötigen wollen, wird in ihrem eigenen Interesse dringend empfohlen, die Gelegenheit zur Fahrkartenlösung schon am 29. und 30. August zu benutzen, da der Fahrkartenverkauf zu den jetzigen Preisen am 31. August unbedingt nachts 12 Uhr beendigt wird, soweit nicht einzelne Fahrkartenstellen schon früher Dienstschluss haben.

Sinsheim, 31. Aug. (Der badische Landesmilchpreis.) Wie uns das städtische Nachrichtenamt Mannheim mitteilt, beträgt der badische Landesmilchpreis (Erzeugergrundpreis) ab Montag 3. September für ein Liter Vollmilch ab Stall 250 000 Mark.

Wiesloch, 31. Aug. (Einbruch.) Nachdem vor kurzem im hiesigen Bezirksamt eingebrochen wurde, ist nun auch in das Amtsgerichtsgebäude ein Einbruch verübt worden und aus dem Keller allerlei Lebensmittel, Gebrauchsgegenstände, sowie ein Fahrrad geraubt worden. Die Diebe scheinen gut mit der Dertlichkeit vertraut gewesen zu sein.

Altrip, 30. Aug. (Mit dem Tode gebührender Wagemut.) Auf den tollkühnen Gedanken, das 25—30 Meter hohe Kamin der seit Jahren still liegenden Gebr. Hoos'schen Ziegelei zu erklimmen, kamen einige sich in diesem Gelände tummelnde Schuljungen. Dem 11jährigen Jungen des Arbeiters Eugen Schäfer gelang es, die Spitze des Kamins zu erreichen. Auf der Spitze wurde er ansehend von Schwindel erfasst und stürzte rücklings herab. Mit zerquetschten Gliedern und Schädel blieb er tot auf dem Plage.

Ludwigshafen, 30. Aug. (Diebstähle.) Daß man heutzutage vorichtig mit seinem Geld umgehen muß, erfuhre eine Kellnerin, die ihre frei auf dem Tisch liegende Brieftasche mit 75 Millionen Mark Inhalt durch einen noch nicht ermittelten Dieb gestohlen bekam. — Auf dem Wochenmarkt wurde einer Frau aus ihrer Markttasche, die sie am Arme trug, die Brieftasche mit 6 Millionen Mark und der Personalausweis gestohlen. Auch in diesem Fall konnte der Dieb nicht ermittelt werden.

Ettingen, 30. Aug. (Brand.) In dem Dekonomiegebäude des Wagners Kull in Moosbrunn brach in der Scheuer ein Brand aus, dem die gesamten Ernte- und Heuvorräte, außerdem die Werkstatt mit allem Werkzeug und allen Maschinen und der Stall zum Opfer fielen. Das angebaute Wohnhaus konnte gerettet werden. Der Brand scheint auf Funkenzündung aus dem Kamin der Dampf Dreschmaschine zurückzuführen sein.

Achern, 30. Aug. (Wettfahrgesammlungen.) Die für die katholischen Anstalten ins Werk gesetzte Wettfahrgesammlungen scheint gute Ergebnisse zu zeitigen. In Sasbach wurden an einem Tage 50 Zentner im Wert von 150 Millionen Mark gesammelt.

Pegelsdorf, 30. Aug. (Brand.) Der 27jährige ledige Schmied Wilhelm Bogel, der als Sonderling bekannt war, zündete aus Verdrriehlichkeit die Scheuer seines eiterlichen Hauses an, schloß sich darauf in sein Zimmer ein und erhängte sich. Scheuer und Stallung sind völlig niedergebrannt, während das Wohnhaus gerettet werden konnte.

Ueberachen (A. Willinger), 31. Aug. (Unglücksfall.) Der 22jährige Sohn des Schmiedes Verthe kam beim Holzjagen der Kreisjagd zu nahe. Diese erfasste seinen Rockärmel und durchschnitt fast den ganzen linken Unterarm. Im Willinger Krankenhaus mußte dem bedauernswerten jungen Mann der Arm amputiert werden.

Turnen, Sport und Spiel.

Reihen, 31. Aug. Am letzten Sonntag hat sich der Sportverein Reihen die Ehrlagla des bestbekanntesten L. u. Sports. Wald-

hof zu Gast geladen und, um es vorweg zu sagen, keinen schlechten Griff gemacht. Waldhof trat durch Mittelstürmer Engelhardt von der Ligamannschaft verstärkt an, während Sportverein Reihen wie folgt gegenüberstand:

Dörner	Barth	Geiser
Laber	Winkel	Hofmann
Karolus	Bräunling	Bowinkel
	Brandmeier	Bowinkel II.
		Brenneisen.

Waldhof zunächst im Anspiel und Reihens Tormann hat gleich Gelegenheit sein Können zu beweisen. Reihen findet sich rasch zusammen, doch zerfallen die Angriffe an der guten Hintermannschaft W. Kurz vor Halbzeit kann Waldhof das 1. Tor buchen, Reihen strengt sich nach Halbzeit mächtig an und kann Ausgleich erzielen. Derselbe Spieler gleich darauf ein 2. Tor. Ein hartes Ringen um den Sieg, das Spiel wird hochinteressant. Waldhof erhöht die Torzahl auf 2. Mit 3:2 für Reihen verlassen die Spieler das Feld. Reihens Mannschaft in der guter Kern steck gebührt ein Gesamtlob besonders aber dem Tormann. Wenn dieser Geist auch weiter hin die Mannschaft beherrscht, kann Sp. V. mit Ruhe den kommenden Verbandsspielen entgegensehen. Ehrenmitglied Karolus wurde anlässlich des Spieles von Waldhof die Ehrenadel überreicht.

Gauturnfest des Neckar-Esenzturnganges in Weiler am Steinsberg am 26. August 1923.

h Von herrlichem Wetter begünstigt, hielt am verlossenen Sonntag der Neckar-Esenzturngang sein diesjähriges Gauturnfest ab. Schon am Samstag Nachmittag trafen die Wettturner in dem festlich geschmückten Orte ein. Um 5 Uhr war Kampfrichterfestung im Schulhaus. 5.30 Uhr traten die Altersturner über 40 Jahre, sowie die Obersturner zum Wettkampf an. Abends war Bankett auf dem Festplatz, wobei verschiedene Vereine Klagen vorführten, die Mustergültiges zur Schau brachten. Am Sonntag früh 6 Uhr begann der Wettkampf der Unterstufe und Jugendturner. 10.30 Uhr begann das Vereinsturnen. Nachmittags 1.30 bewegte sich der Festzug durch das Ort zum Festplatz, woselbst unter der tüchtigen Leitung von Gauturnwart König die allgemeinen Freiübungen von allen Turnern vorgeführt wurden, welche einen sehr guten Eindruck hinterließen. Darauf begrüßte der 1. Gauvertreter E. v. Hausen unter kernigem Appell an alle, mitzuwirken am Aufbau unseres armen Vaterlandes, zu gleicher Zeit jagte er vielen Dank für die gute Aufnahme der Turner an die gesamte Einwohnerschaft Weiler und mit donnerndem Gut Heil schloß die Festrede. Die Ehren-dame sprach ein sinniges Gedicht, welches gute Aufnahme fand. Um 5 Uhr war Preisverteilung und konnte man das Fest in allen Teilen als gut gelungen bezeichnen. Gut Heil!

Vom Turnverein Sinsheim waren beim Gauturnfest in Weiler folgende Turner Sieger: Altersturner 7 Kampf: W. Geiß 2. Pr., Altersturner 3 Kampf: A. Egel 3., A. Wikandhäuser 5. Pr. Oberstufe: H. Schick 6., W. Braun 12., W. Brenneisen 15., E. Maier 16. Pr. Fünfkampf: A. Göll 5., H. Sorg 5. Pr. Unterstufe: E. Gebhardt 5., A. Guggolz 20., M. Schreck 29. Pr. Jugendturner Jahrg. 1905 und 1906: E. Fischer 8., H. Geffers 9., E. Hehl 20. Pr. Jugendturner Jahrg. 1907 und 1908: H. Maier 1., A. Petri 3., A. Fischer 4., Th. Maier 13., P. Wohlgenuth 18., K. Rißhaupt 25., W. Wirth 41. Preis.

Bekanntmachung.

Unter Berücksichtigung der heutigen Feuerungszahlen wird sich der Preis für den im August bezogenen Strom für Lichtstrom auf **Mk. 750 000.—** „ Kraft- und Heizstrom „ **500 000.—** pro Kilowattstunde stellen. Elektrizitätswerk Sinsheim a. E.

Jagd-Verpachtung.

Donnerstag, den 20. September 1923 nachm. 1 Uhr wird im Rathause dahier die Gemeindejagd auf weitere 6 Jahre vom 2. Februar 1924 bis 1. Februar 1930 öffentlich versteigert. Der Jagdbezirk 711 ba umfassend die Gemarkung Dühren. Als Bieter werden nur solche Personen zugelassen, welche sich im Besitze eines Jagdpasses befinden, oder durch ein schriftliches Zeugnis der zuständigen Behörde nachweisen können, daß gegen die Erteilung eines Jagdpasses ein Bedenken nicht obwaltet. Der Entwurf des Jagdpachtvertrags liegt bis zur Versteigerung zur Einsicht auf dem Rathause auf; jeden Vormittag von 8 bis 12 Uhr. Dühren, den 30. August 1923. Der Gemeinderat: Mayor. Kresser.

Stamm- u. Nutzholz- und Reifigversteigerung.

Die Pfälzer Kathol. Kirchenzahnerei Heidelberg versteigert gegen Barzahlung innerhalb 14 Tagen am Donnerstag, den 6. September ds. Js., vormittags 1/2 10 Uhr, im „Eisernen Kreuz“ zu Lobensfeld aus den Distrikten VI. 10 und 11 (Kreuzfeldschlag und Hohllebuche): 1. 96 Fichten- und 3 Lärchenstämme I.—VI. Klasse, sowie 1 Fichtenabschnitt II. Klasse in Abt. VI. 4 (Klingenschlag). 2. 5 Ster eichen und fichten. Nutzholz. 3. 17 Lose unaufbereitetes Nadelholzreisig u. 40 Lose Schlagraum. 4. einige Haufen Streugras. Vorzeiger des Holzes: Forstwart S. Hälter in Lobensfeld und Forstwart Ph. Kresser in Waldwimmernbach.

Achtung!

Lang'-Centrifugen

liefert preiswert **Herm. Reichenperger** Vertretungen **Mannheim, Eichelsheimerstr. 49.**

Kopfläuse beseitigt radikal

„Haarelement“. Reinigt und erfrischt vorzüglich die Kopfhaut. Entfernt die lästigen Schuppen. Zu haben bei: **A. Engel, Engel-Drogerie.**

Persil ist völlig unschädlich!

Es ist aus besten Rohstoffen hergestellt und enthält weder Chlor noch andere die Wäsche schädigende Bestandteile.

Die neuen Postgebühren

vom 1. September 1923 ab.

Briefe: im Ortsverkehr bis 20 g 30 000 Mk.	Warenproben: bis 100 g 45 000 Mk.
20—100 g 45 000 "	100—250 g 75 000 "
100—250 g 75 000 "	250—500 g 90 000 "
250—500 g 90 000 "	Ausland: für je 50 g 40 000 Mk. , mindestens 80 000 Mk.
im Fernverkehr bis 20 g 75 000 "	Mischsendungen: bis 250 g 75 000 Mk.
20—100 g 100 000 "	250—500 g 90 000 "
100—250 g 120 000 "	500—1000 g 110 000 "
250—500 g 140 000 "	Meißgewicht 1 kg.
Ausland: bis 20 g 200 000 Mk. , für je weitere 20 g 100 000 Mk. Meißgewicht 2 kg	(zusammengepackte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben).
Die Inlandsgebühren für Brief- und Wertsendungen, Postanweisungen, sowie Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (Bädgen unzulässig) sowie Danzig und Memel. Die Gebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Luxemburg und Oesterreich. Bädgen nach beiden Ländern nicht zugelassen.	Zahlkarten: bis 2 000 000 Mk. 10 000 Mk.
Ausland: einisch, Ungarn und Tschechoslowakei, je hoch kosten nach diesen Ländern Briefe b. 20 g 150 000 Mk. , je weitere 20 g 100 000 Mk. , Postkarten 90 000 Mk.	über 2 000 000—5 000 000 " 20 000 "
Postkarten: im Ortsverkehr 15 000 Mk.	5—10 000 000 " 30 000 "
im Fernverkehr 30 000 "	10—20 000 000 " 40 000 "
Ausland: (Größe nicht über 14x9 cm) 120 000 "	20—30 000 000 " 50 000 "
Die niedrigere Gebühr für Aufsichtskarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Maßstabsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, ist weggefallen.	30—50 000 000 " 60 000 "
Drucksachen: bis 25 g 15 000 Mk.	50—70 000 000 " 70 000 "
25—50 g 30 000 "	70—100 000 000 " 80 000 "
50—100 g 45 000 "	100—150 000 000 " 90 000 "
100—250 g 75 000 "	150—200 000 000 " 100 000 "
250—500 g 90 000 "	200 000 000 Mk. (unbeschr.) 120 000 "
500—1000 g 110 000 "	Für bargeldlos bezahlbare Zahlkarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 50 000 Mk. für eine Zahlkarte.
1—2 kg (nur für einzeln verpackte, ungeteilte Druckbände zulässig) 140 000 Mk.	Für Kassenschecks, die bargeldlos bezahlbar werden, 1/2 vom Laufend des Scheckbetrages.
Ausland: für je 50 g 40 000 Mk.	Für Vorauszahlung mit Postcheck 2 v. Tausend des Scheckbetrages. Mindestgebühr 100 Mk. Meißbetrag eines Postchecks 2 Milliarden Mark.
Geschäftspapiere: bis 250 g 75 000 Mk.	Postanweisungen:
250—500 g 90 000 "	bis 1 000 000 Mk. 30 000 Mk.
500—1000 g 110 000 "	über 1—2 000 000 " 40 000 "
Ausland: für je 50 g 40 000 Mk. , mindestens 200 000 Mk. Meißgewicht 1 kg.	2—5 000 000 " 70 000 "
Päckchen: Meißgewicht 1 kg, ohne Zonenunterschied 150 000 Mk.	5—10 000 000 " 100 000 "
Unzulässig nach dem Saargebiet und dem gesamten Ausland.	10—20 000 000 " 140 000 "
Pakete: (Meißgewicht 20 kg.)	20—30 000 000 " 180 000 "
1. Zone 2. Zone 3. Zone	30—50 000 000 " 220 000 "
(bis 76 km) (76—375 km) (üb. 375 km)	50—70 000 000 " 260 000 "
Mk. Mk. Mk.	70—100 000 000 " 300 000 "
bis 3 kg 180 000 350 000 350 000	100—150 000 000 " 350 000 "
über 3 bis 5 kg 250 000 500 000 500 000	150—200 000 000 " 400 000 "
" 5 " 6 " 300 000 600 000 900 000	Einzustellungsgebühr:
" 6 " 7 " 350 000 700 000 1 050 000	Briefe nach dem Ortsbestellbezirk 150 000 Mk.
" 7 " 8 " 400 000 800 000 1 200 000	" " " Ortsbestellbezirk 450 000 "
" 8 " 9 " 450 000 900 000 1 350 000	" " " Ortsbestellbezirk 225 000 "
" 9 " 10 " 500 000 1 000 000 1 500 000	" " " Landbestellbezirk 600 000 "
" 10 " 11 " 550 000 1 100 000 1 650 000	Wertbriefe:
" 11 " 12 " 600 000 1 200 000 1 800 000	1. Gebühr für einen gewöhnlichen Brief.
" 12 " 13 " 650 000 1 300 000 1 950 000	2. Einschreibgebühr 75 000 Mk.
" 13 " 14 " 700 000 1 400 000 2 100 000	3. Versicherungsgebühr:
" 14 " 15 " 750 000 1 500 000 2 250 000	für je 100 000 Mk. 2 000 "
" 15 " 16 " 800 000 1 600 000 2 400 000	Wertpakete:
" 16 " 17 " 850 000 1 700 000 2 550 000	Paketgebühr wie vorstehend.
" 17 " 18 " 900 000 1 800 000 2 700 000	Einschreibgebühr 75 000 "
" 18 " 19 " 950 000 1 900 000 2 850 000	Für unversiegelte Wertpakete wird die Einschreibgebühr nicht erhoben.
" 19 " 20 " 1 000 000 2 000 000 3 000 000	Versicherungsgebühr bei versiegelten Wertpaketen für je 100 000 Mk. der Wertangabe od. einen Teil von 100 000 Mk. 2 000 Mk.
Zeitungsp. b. 5 " 125 000 250 000 250 000	Bei unversiegelten Wertpaketen die Hälfte des vorstehenden Satzes.
	Telegramme: Gewöhnliche Telegramme nach Orten in Deutschland 60 000 Mk. Wortgebühr und 120 000 Mk. Grundgebühr; im Ortsverkehr jedoch 30 000 Mk. für das Wort und 60 000 Mk. Grundgebühr.
	Einschreiben 75 000 Mk.

Max Meyer, Bankgeschäft, Heilbronn
Gegründet 1886.

Filiale Sinsheim a. E. (Bahnhofstr.)

An- und Verkauf
sämtlicher notierter und unnotierter
Wertpapiere.

Wie der Ruhrkrieg vorbereitet wurde.

Im besetzten Gebiet wie im unbesetzten Deutschland — vom Ausland zu schweigen — geht Frankreich bekanntlich seit acht vollen Monaten mit der Feststellung hausieren, daß nur die Lässigkeit Deutschlands in der Leistung seiner Kohlen- und Holzlieferung Frankreich zwingt, sehr gegen seinen Willen im letzten Augenblick Waffenhilfe zur Einziehung dieser Auflagen vom säumigen Schuldner anzuwenden. Unzählige Flugblätter verbreiten solche Anschauungen zuerst im besetzten Gebiet selbst, bis „deutsche“ Blätter in stummem Wahn die gleichen Letztgesehenen vom Feinde willig übernehmen, damit der Franzmann nun um so leichter diese deutschen Zeitungsartikel aufs neue als Meinung der eigenen Landsleute der hart bedrängten Bevölkerung an Rhein und Ruhr vorlesen kann! In merkwürdiger, geradezu krankhafter Kurzsichtigkeit wollen heute noch gar zu viele Deutsche den großen weltgeschichtlichen Sinn des Ruhrkrieges nicht erkennen, der doch in Wahrheit nur die Fortsetzung der uralten Rheinpolitik ist, die Frankreich zum Leitwesen seiner berufenen Führer in dem Versailles Vertrag nicht durchzuführen vermochte. Wer gerade heute im Hinblick auf die kommenden Verhandlungen über die Zukunft Europas dieses Buch menschlicher Schande studiert, wird umso leichter im Wortlaut und in der Gruppierung der einzelnen Zwangsartikel deutlich bereits die Anfänge zum Vormarsch gegen das wirtschaftliche Herz des alten und des neuen Deutschland finden. Unter den verschiedenen Berichten von Augenzeugen und Mithandelnden bringt vor allem die von dem Presseberater Woodrow Wilson selbst nach den Geheimprotokollen des Vierer- und Sechserrats herausgegebenen „Mémoires“ des amerikanischen Präsidenten eine Fülle neuer Mitteilungen, die uns diese Kontinuität der politischen Entwicklung ganz klar vor Augen führen.

Am 16. April 1919 war danach die eigentliche Rhein-Krise und damit die „dunkle Periode“ der Konferenz durch den Abschluß des Rheinlandabkommens beendet. „Vom Standpunkt der französischen Sicherheit, wie als Schutzmaßnahme zur Eintreibung der Schulden“ erschien diese Entscheidung schon damals gleich unlogisch als ein fauler Kompromiß zwischen der angelsächsischen Forderung einer schnellen Räumung und dem Grundgedanken Frankreichs, zum mindesten für dreißig Jahre, für ein volles Menschenalter also, festen Fuß am Rheine selbst zu fassen. Die Hoffnung der Franzosen war, Mittel zu finden, ihren Besitz zu verlängern, und während der nächsten vierzehn Tage mühten sie sich mit Erfolg, neue Zusatzbestimmungen zu finden, die das eigentliche Ergebnis dieses „Ausgleichs“ wieder aufhoben. Zugleich gingen nebenher die Versuche, auf anderem Wege Deutschland politisch und wirtschaftlich tödlich zu treffen, und so die ursprünglich erstrebte Sicherungslinie der Rheingrenze gleichsam ins Innere des Reiches selbst zu verlegen. Eifrig förderte die französische Regierung daher gerade in diesen Wochen die Bestrebungen der rheinischen Sonderbündler, die ihrerseits in den verschiedenen föderalistischen Gruppen des übrigen Deutschland willkommene und bereitwillige Bundesgenossen fanden. Wie auch der erwähnte amerikanische Gewährsmann berichtet, sprach u. a. der bekannte bayerische Abgeordnete Helm nach einer Meldung Marshall Fachs „zuversichtlich von der Loslösung sämtlicher anderer bedeutender deutscher Staaten von Preußen und über die Bildung einer neuen Konföderation mit Einschluß Deutschlands unter einem Protektorat der Entente!“

Vor allem aber war die Besetzung der Brückenköpfe und die damit schon belibte Unterbrechung des Verkehrs zwischen Deutschland und den besetzten Gebieten zugleich als eine Vorbereitung für weitere entscheidende Schläge zur Zerstörung der deutschen Wirtschaft gedacht. Während Wilson selbst noch gläubig am Wortlaut seiner Vermittlungsaktion festhielt, bereiteten die Franzosen längst schon die Pläne zum Vormarsch nach Essen und Dortmund vor, die dann erst im Januar 1923 zur Ausführung kommen sollten. Derselbe Wiederbauminister Loucheur, den man bei uns gern als Befürworter einer wirtschaftlichen „Verständigung“ betrachtet, verteidigte schon im Februar 1919 die Beschlagnahme des Ruhrgebietes als „ein Mittel zur Vorbeugung einer Wiederbewaffnung“ Deutschlands. Sogar Marshall Fachs war anfangs gegen diesen Plan, um später allerdings umso wirksamer dafür einzutreten. In einer großen Rede vor dem Rat der Vier tabelte er am 6. Mai 1919 jede Räumung des besetzten Gebietes oder der Brückenköpfe vor allem deswegen, weil „sie den Zugang zum Ruhrbecken bilden, der hauptsächlichste Quelle des deutschen Reichtums, die wir dann nicht mehr bedrohen und deren Beschlagnahme wir damit entzogen.“ In unmittelbarem Anschluß daran mag sein Aufmarschplan entstanden sein, den eingehandenermaßen im Frühjahr 1923 General Degoutte bei dem „Schuß“ der berüchtigten Ingenieurkommission benutzte. Als kurz vor der Unterzeichnung des Versailler Vertrags noch einmal die Befürchtung auftauchte, daß die Deutschen nicht unterschreiben könnten, trat denn auch Clemenceau noch einmal nachdrücklich für die Besetzung von Essen ein. Erst Poincaré blieb es vorbehalten, „weilschlüßiger“ als der alte „Liger“ über die militärisch-politische Sicherung des linken Rheinufers auch die wirtschaftliche Sicherung der französischen Nation als „Kernstück“ zu stellen! Was während der Friedensverhandlungen noch von dem amerikanischen Sachverständigen Haskins ganz gelegentlich zur Charakteristik der französischen Scharpolitik gesagt wurde, ward dem Trifolium Millerand-Poincaré-Loucheur zur Richtschnur ihrer gesamten Rhein- und Ruhrpolitik: „Eine Kohlenmine in der Hand ist besser als viele Lieferungsverträge!“ Nicht um die Wende des letzten Jahres erst, sondern vor mehr als vier Jahren schon ist der Plan zum Vormarsch ins Ruhrgebiet entstanden, und schon damals ist das französische Volk wie das Ausland auf diese „kommenden Dinge“ absichtsvoll vorbereitet worden. Um so nachdrücklicher dürfen auch wir auf dem Höhepunkt dieses neuen Kampfes um unser Dasein den Verhandlungen der Pariser Konferenz das Leitwort unseres Widerstandes entnehmen, das absichtslos und doch mit kräftigen, sicheren Zügen der amerikanische General Bliss in einer großen Denkschrift an Wilson am 25. März 1919 schon niederlegte:

„Sie mögen Deutschland seine Kolonien rauben, seine bewaffnete Macht zu einer reinen Polizeitruppe und seine Flotte auf den Stand einer Macht fünften Ranges herabsetzen; letzten Endes ist das alles gleichgültig; wenn Deutschland fühlt, daß es in dem Frieden von 1919 ungerecht behandelt worden ist, wird es Mittel finden, an seinen Eroberern Vergeltung zu üben...“

Wir können nicht beides zugleich, Deutschland verärrumpeln und erwarten, daß es zahle. Wir müssen Bedingungen stellen, von denen eine verantwortliche Regierung in Deutschland annehmen kann, daß sie ausführbar sind.“

Die Berechnung der deutschen Entschädigungsleistungen.

Der Berliner Vertreter der „Köln. Zeitung“ hatte eine Unterredung mit dem Reichskanzler, worin er den Reichskanzler um Auskunft bat, worauf er seine von Poincaré abgewiesene Einschätzung des amerikanischen Untersuchungsergebnisses hinsichtlich der bisherigen Leistungen geäußert habe. Der Reichskanzler führte in seiner Erwiderung u. a. aus:

Ich habe mir das Schätzungsergebnis des Institut of Economic durchaus nicht als endgültig unzweifelhaft zu eigen gemacht. Das Material, das die deutsche Reichsregierung in Händen hat, gestattet eine noch viel genauere Bezifferung der bisherigen deutschen Leistungen, eine Bezifferung, die sich meines Erachtens vor einem internationalen Sachverständigenausschuß als durchaus einwandfrei nachweisen ließe. Bis jetzt aber ist die Höhe aller Entschädigungsleistungen immer unserem Konto gutgeschrieben worden, ohne daß die deutsche Reichsregierung darüber auch nur gefragt worden wäre. Eine solche Einschätzung mußte einseitig ausfallen und konnte offenbar auch nicht vor größeren Kreisläufen bewahrt werden. Was das Institut of Economic anbelangt, so ist zu sagen, daß dieses Institut vor mehreren Jahren von dem in den Ver. Staaten sehr bekannten Philanthropen und Wirtschaftspolitiker Rudolf S. Broopings begründet wurde, um der freien wissenschaftlichen Erforschung sozialpolitischer und wirtschaftlicher Fragen zu dienen. Es hat, nachdem die Carnegie-Stiftung zu den Betriebsmitteln ein Kapital von zwei Millionen Dollars gespendet und namhafte Persönlichkeiten der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Welt Amerikas dem Verwaltungsrat beigetreten waren, in den Ver. Staaten und darüber hinaus ein bedeutendes Ansehen gewonnen. Ueber die von dem Institut vorgenommene Untersuchung der Reparationsfrage ist als erste Reihe von Denkschriften über den Wiederaufbau der Weltwirtschaft herausgegeben worden mit dem von dem Institut verkündeten einzigen Ziel, den wahren Tatbestand der gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme zu ermitteln und diesen Tatbestand dem Volk der Ver. Staaten auf die einfachste und verständlichste Weise darzulegen. Als Verfasser zeichnet der Direktor des Instituts, der weit über die Grenzen Amerikas hinaus bekannte Nationalökonom Professor Moulton, der vor 1 1/2 Jahren ein umfangreiches Werk über „The Balance Sheet of Europe“ verfaßt hat, das damals in der ganzen Welt Aufsehen erregte, und Mac Guire, der als Finanzstatistiker ersten Ranges gilt und vor kurzem im Handelsministerium und vorher jahrelang in hervorragenden Stellungen im Schatzministerium in Washington tätig gewesen ist. In der Vorrede des veröffentlichten Werkes, das den Titel „German Capacity to pay“ führt, wird betont, daß der ganze wissenschaftliche Stab der Instituts sich an der Arbeit beteiligte, insbesondere daß der sogenannte Council, d. h. der wissenschaftliche Beirat für den Inhalt der Untersuchung die Verantwortung übernommen hat. Das Werk ist zwar erst vor kurzem in unsere Hände gelangt, trotzdem bin ich erstaunt, daß der französische Ministerpräsident bis heute über dieses wissenschaftliche Werk und über das Institut, welches es herausgegeben hat, nicht informiert gewesen zu sein scheint.

Bienenstock-Politik.

Der Versailler Vertrag ist in einer besonderen Hinsicht bei uns in Deutschland noch lange nicht genügend bewertet worden: Er ist ein Zauberkasten, aus welchem Poincaré und seine Gefinnungsgenossen mit allerlei Hokuspokus immer neue ungeahnte Dinge hervorholten. Als im Spätfrühling 1919 unser Volk vor die Frage gestellt wurde, ob der „Friedensvertrag“ mit nur wenigen der von uns geforderten Änderungen unterzeichnet werden solle, wurde dem friedenssehnsüchtigen, müden Michel ins Ohr geflüstert: „Es wird schließlich nichts so heiß gegessen, wie es gekocht ist.“ Im Vertrauen darauf, daß die sachlicher und loyaler eingestellten Mitglieder der Entente — Amerika, England und Italien — allzu rigorose Auslegungen des Versailler Vertrages verhindern würden, gab sich die Mehrheit des deutschen Volkes und des deutschen Parlaments mit der Unterzeichnung zufrieden. Aber schon nach wenigen Monaten stellte sich heraus, daß der Garant der von Deutschland angenommenen Friedenshosen, Herr Wilson, sein Land nicht zum Beitritt an den Versailler Vertrag bewegen konnte. Es ist gerade von lokalen Amerikanern ausgesprochen worden, daß Deutschland ein unbefreitbares Recht auf eine Revision des Versailler Vertrages besitze, weil der Gegenkontrahent, — nämlich die alliierten und assoziierten Mächte — durch das Ausschneiden Amerikas seinen Charakter entscheidend geändert habe. Später hat sich dann auch noch England, die zweite der angelsächsischen Weltmächte, von der „Anwendung“ des Versailler Vertrages, wie sie durch Poincaré erfolgt, zurückgezogen. Jetzt zaubert der Hauptkriegsschuldige Poincaré zusammen mit seinem Bräutigam Samulus Theunis aus dem Versailler Vertrag Dinge heraus, die kein anständiger und kein vernünftiger Mensch je darin vermutet hätte. Die übrigen Verbundmächte sehen diesem Treiben teils schweigend, teils unter verläufelerten Vorbehalten zu.

Einer der gefährlichsten Auslegungsvorwürfe, die Poincaré dem Versailler Vertrag angedeihen läßt, ist die Konstruktion eines ewigen Nutznießungsrechtes der Verbundmächte an der deutschen Wirtschaft. Es gibt in Deutschland immer noch gemeingefährliche Toren, welche die Darlegungen Poincares über „Pfänder“ für bare Münze nehmen. Wer dagegen begriffen hat, daß unsere Gläubiger und Feindiger im Westen ihre Forderungen stets so bemessen werden, daß sie für uns unerschwinglich bleiben, kann nicht mehr im Zweifel darüber sein, daß „Pfänder“ verschleierte Amergionen und Konfiskationen sind. Dafür liefert die jüngste Note Frankreichs an England einen neuen Beweis. — In gewissen deutschen Kreisen, die unter allen Umständen eine Sonne an unserem außenpolitischen Horizont sehen wollen, hat man darauf hingewiesen, daß unser Hauptgläubiger Frankreich auf wichtigen Gebieten unsere wirtschaftliche Wiedergeburt nicht behindert habe. So seien beispielsweise die deutschen Bemühungen zum Wiederaufbau bzw. zum Ankauf einer neuen Handelsflotte französischerseits praktisch nicht behindert worden. Ein Artikel der großen Pariser Zeitung „Journal des Debats“ zeigt jedoch, daß die scheinbare Loyalität unseres westlichen Nachbarn kalkblätige Berechnung gewesen ist. Die Raub- und Pfänderpolitik ist nur ein Register der großen Orgel, hinter der Poincaré die Hägel tritt und die Lasten anschlägt. Das zweite Register, das sich der Pariser Staatsmann für den geeigneten Zeitpunkt aufgehoben hat, ist am besten mit dem Worte „Bienenstockpolitik“ zu bezeichnen. Wie der Imker den Bienen Zeit läßt, die Waben mit Honig zu füllen, so wartet Poincaré ab, bis sich auf irgend einem Gebiete der deutschen Wirtschaft etwas gebildet hat, was sich

mit kühnem Griff fortnehmen läßt. Der Artikelschreiber des „Journal“ regt an, die Alliierten möchten doch einen tüchtigen Eingriff in die neuerstehende deutsche Handelsflotte tun. — Kann jemand nach diesen Proben französischer „Bermunft“ und französischer „Loyalität“ noch der Meinung sein, wir könnten unter dem Versailles Vertrag und unter der französischen Vorherrschaft in der Entente unsere Lebensnotwendigkeiten sichern?!

Stillstand der Notenpresse oder weitere Inflation?

Die Steuernotgesetze, die wertbeständigen Tarife bei Post und Eisenbahn, die wertbeständige Anleihe des deutschen Reiches sind Maßnahmen zur Eindämmung der unerhörten Inflation (zu deutsch: „Papiergeldüberschwemmung“). Sie sollen die Notenpresse nach Möglichkeit zur Ruhe bringen und einen weiteren Verfall unserer Mark aufhalten. Zweifellos werden aus diesem Steuerbudget und den Tarifierhöhungen große Beträge den Reichskassen zufließen und zunächst der weiteren Inflation einen Riegel vorschleiben. Die Frage ist nur, ob dadurch die Basis gewonnen worden ist für eine Sanierung unserer Finanzen überhaupt. Das ist zu bezweifeln, solange auf der deutschen Wirtschaft Gesetze und Einschränkungsverordnungen ruhen, die eine freie Entfaltung der Kräfte hindern, zu bezweifeln auch solange unsere finanziellen Verbindlichkeiten unseren Gläubigern gegenüber nicht geregelt sind. Die Aufgaben, die der Regierung Stresemann vorgezeichnet sind, lassen einen klaren Weg aus dem Chaos nur dann finden, wenn zielklare Arbeit in folgender Richtung geleistet werden kann:

1. außenpolitisch: a) endgültige Festsetzung unserer Gesamtverpflichtungen unter Anerkennung und Aufrechthaltung der bisherigen Leistungen; b) Gewährung eines mehrjährigen Moratoriums und c) Begebung einer Anleihe durch die Gläubigerstaaten oder durch ein neutrales Konföderium unter vollständiger Wahrung unserer Staats- und Finanzautorität. 2. innerpolitisch: sofortige Aufhebung aller Demobilisationsgesetze; Beseitigung des schematischen Achtstundentages unter grundsätzlicher Beibehaltung desselben; Steigerung der Produktion zur Erlangung einer aktiven Handelsbilanz; Beschränkung der Einfuhr auf die lebensnotwendigen Güter und Rohstoffe.

Die Einführung der wertbeständigen Löhne und der Gold- oder Festmarkrechnung wird nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn die obigen Bedingungen erfüllt werden.

Es ist dringend notwendig, daß die neuen Staatsmänner diese Notwendigkeiten klar ins Auge sehen und in diesem Sinne ihre Arbeit aufbauen. Die deutsche Wirtschaft darf auf der einen Seite nicht mit ungeheuren Abgaben belastet werden, wenn auf der anderen Seite die Fesseln bestehen bleiben, welche die Aufbringung der Lasten ausschließen. Eine Substanzverminderung aber bedeutet nicht nur für die Arbeitgeber, sondern in noch erhöhtem Maße für die gesamte Arbeitnehmerschaft eine ernste Gefahr. Man kann nicht eine Hand amputieren und dann sagen: schaffe Werte mit dieser Hand. Die Erkenntnis dieser finanz- und wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten muß Allgemeinut aller Deutschen werden, denn nur so kann unser Volk einen Weg aus dem Elend finden. Zwischen der hier erhobenen Forderung und dem krampfhaften Bemühen der Reichsbank soviel Papiergeld wie nur irgend möglich neu zu drucken und in den Verkehr zu bringen, scheint ein unlösbarer Widerspruch zu bestehen. In Wirklichkeit ist es eine Verkennung des Wesens der Dinge, wenn man die Bemühungen der zuständigen Stellen zur Befriedigung des Bargeldbedarfes als eine Inflationsmaßnahme bezeichnet. Nicht das Verlangen des Patienten nach Wasser ist die Krankheit, sondern die Fieberglut, die in seinen Adern loht und seinen Gaumen ausdörft. Der Kampf gegen die Inflation richtet sich nicht eigentlich gegen die Ausgabe neuer Geldzeichen, sondern gegen die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung, welche einen solchen Bedarf an Geldzeichen zur Folge hat.

Berschiedenes.

b Pforzheim, 30. Aug. (Tödlcher Absturz.) Der 28 Jahre alte Julius Fischer war damit beschäftigt, Baumzweige, die der elektrischen Leitung hinderlich waren, zu beseitigen. Dabei stürzte er von der Leiter und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß er auf dem Transport in das Krankenhaus starb.

p Offenburg, 30. Aug. (Die Not der Presse.) Die Offenburger Zeitung und das Offenburger Tageblatt haben sich entschlossen, in dieser Woche nur am Dienstag, Donnerstag und Samstag zu erscheinen, um die unermesslich gewordene weitere Nachforderung auf den Bezugspreis unterlassen zu können.

t Mengen (Amt Billingen), 30. Aug. (Eine vielgerügte Unfitt) hat auch hier ein Opfer gefordert. Beim Getreidefahren wurde das dreijährige Töchterchen des Schmieds Rauch unverständlicherweise auf die Deichsel des angehängten Wagens gesetzt. Kurz vor dem elterlichen Hause bei einer scharfen Straßenbiegung fiel das Kind herab und das Rad ging ihm über den Unterleib. Trotz Operation ist das Mädchen im Billinger Krankenhaus gestern seinen Verletzungen erlegen.

t Freiburg, 28. Aug. (Hohes Alter.) Dieser Tage konnten wir von dem 100jährigen Jubiläum der ältesten Bewohnerin von Sechingen berichten, von der gesagt wurde, daß sie wohl auch die älteste Bewohnerin der Kaiserstuhlgegend sei. Wie jetzt bekannt wird, lebt aber in Freiburg eine noch ältere Kaiserstühlerin, die Witwe Heilbrunner, die am 22. November ihr 102. Lebensjahr vollendet.

□ Stöckach, 28. Aug. (Torsbrand.) Seit etwa 3 Wochen brennt das Dorf der Gemeinde Drfingen bei Volkertshausen. Viele Morgen sind dem verderbenden Element bereits zum Opfer gefallen. In den Tagesstunden wird man durch einen dünnen grauen Rauch auf den Brand aufmerksam gemacht, in den Nachtstunden dagegen kann man beobachten, wie aus dem brennenden Moor fortgesetzt Stachflammen emporsteigen.

© Rollnau (b. Waldkirch), 27. Aug. (Nachahmenswert.) Die Arbeiterschaft der hiesigen Baumwollspinnerei leistete zugunsten der Sozialrentner und Ortsarmen der Stadt zwei Ueberstunden. Das Ergebnis war eine schöne Summe, zu der die Direktion noch denselben Betrag hinzufügte, sodas insgesamt ca. 700 Millionen Mark verteilt werden konnten. Die geringste Summe, die auf den Einzelnen entfiel, betrug 4 Millionen.

p Pfaffenhofen (Oberbay.), 28. Aug. (Steuerdefraudant.) Das Finanzamt hat den Bankbeamten Ernst Ohlenseiter wegen Einkommensteuerhinterziehung zu 89 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, nachdem er durch seine nächtlichen Gelageaufgassen war. Er war im Begriff, nach Amerika auszuwandern.

— Berlin, 28. Aug. (Milliardendiebstahl.) Bei dem Bankier Krakow in der Stülerstraße, ist ein Einbruch verübt worden, wobei dem Dieb eine Beute von mehr als 50 Milliarden in die Hände gefallen ist. Seit einigen Monaten schon wird die Gegend um den Tiergarten von einem Verbrecher unsicher gemacht

Alle Diebstähle sind am Vormittag oder in den Mittagsstunden verübt worden, immer ist der Täter durch geöffnete Fenster eingestiegen.

Schramberg, 30. Aug. (Tödlischer Unfall.) Der ledige Kaufmann Rudolf Plag wollte mit seinem Fahrrad dem Tennensbrunner Postauto ausweichen, kam dabei aber unter eine Junghaus'sche Straßenlokomotive und wurde auf die Seite geschleudert. Er trug so schwere Verletzungen davon, daß er kurz nach seiner Ueberbringung ins Krankenhaus verstarb.

München, 30. Aug. (Eine Millardenbeute.) In einem Wäschegehalt stahlen Diebe Waren im Werte von über einer Milliarde Mark. Außerdem erbeuteten sie 75 Millionen Bargeld sowie ausländische Devisen verschiedener Staaten im Werte von Hunderten von Millionen.

München, 30. Aug. (Vom Trittbrett in den Tod.) Die Gewohnheit, am Trittbrett des Eisenbahnwagens die Fahrt mitzumachen, hat in den letzten Tagen drei Menschen das Leben gekostet. Bei Dilling (Bayern) stürzten ein 19-jähriger Mann und ein 23-jähriges Mädchen vom Trittbrett ab und wurden überfahren. Sie starben im Krankenhaus. Ferner ist ein Kammerknecht aus München durch Absturz vom Trittbrett tödlich verunglückt.

Eine deutsche Sprache. Ein „gutes“ Geschäft ist heutzutage das Zeitungsdrucken. So sind wir, schreibt das „Landauer Volksblatt“, nun glücklich soweit, daß wir für eine Woche Lohn mehr bezahlen müssen, wie wir für Abonnements und Inserate den ganzen Monat einnehmen. Papier, Farbe, elektrischen Strom, die riesigen Ausgaben für das Redaktionsmaterial, sowie den Lohn für die übrigen Wochen des Monats sollen wir aus eigener Tasche daraufbezahlen. Dabei gibt es aber heute noch solche Hottrottschen, die von Wucher sprechen und schimpfen, wenn der Zeitungsverleger eine kleine Nachzahlung verlangt. Heute noch haben mehrere Hundert solcher Schundniggel die 40 000 Mark Nachzahlung nicht einbezahlt.

Wem Minister a. D. reifen. Der „Kocherzeitung“ wird von zuverlässiger Seite geschrieben: Auf dem Bahnhof Gmünd steht der riesengroße, sechssitzige Salonwagen Nr. 3. Wozu? Herr E.-Eisenbahnminister Ordnung ist mit Frau und Bedienung von Berlin zu seiner Schwiegermutter nach Gmünd gereist! Zu dieser Fahrt mußte eigens dieser Reifewagen in den Schnellzug eingestellt werden! Noch mehr; es muß ein besonderer Wagenmeister den Wagen begleiten. Was das Kohlen kostet! Der Wagen mit Wagenmeister bleibt in Gmünd stehen, bis der Herr E.-Eisenbahnminister die Weiterfahrt wünscht. Dazu hat man Geld! Wo bleibt der Spardiktator? — Vor dem Kriege hat man sich über die Art des Reisens von S. M. aufgehalten. Ist es jetzt anders? Hätte der E.-Eisenbahnminister wie jeder gewöhnliche Sterbliche sich nicht mit zwei Plätzen erster Klasse in einem Kurszuge begnügen können! Doch wie sagt das Sprichwort: „Wenn der Bettelmann auf den Gaul kommt, reitet er schärfer als der Edelmann.“

Ein Belehastener. Durch die Ueberwachungsstelle der Oberpostdirektion Düsseldorf ist der noch nicht 20-jährige Kunstschlosser Heinrich Schoop aus Düsseldorf festgenommen worden, der monatelang nachts Briefkästen erbrochen und ihres Inhalts beraubt hatte. Er verkaufte die abgerissenen Briefmarken, entfernte von den Verrechnungsschecks die Verrechnungstempel und ließ die Schecks bei den Banken einlösen. So fielen ihm schätzungsweise 100 Mill. Mark in die Hände. Bei seiner Festnahme besaß er keinen Pfennig mehr.

Haubüberfall auf einen Geldtransport. Ein Gespann der deutschen Spiegelglas-Aktiengesellschaft das von der Reichsbank in Alfeld Lohngelder in Höhe von 930 Mill. Mark geholt hatte, wurde im Walde bei Gerzen von fünf maskierten Räubern überfallen. Die zwei Insassen des Wagens, ältere Angestellte der Firma, wurden mit Revolvern in Schach gehalten. Die Räuber entnahmen unerkannt mit dem gesamten Gelde.

24 Pfund Quecksilber gestohlen. Ein Riesenbruch wurde, vermutlich in der Nacht zum Donnerstag der vergangenen Woche im Physiologischen Institut der Universität Berlin am Reichstagsufer 7-8 verübt. Ein Laboratoriumsgehilfe hatte noch am Mittwoch nachmittag einen Rundgang durch die Räume gemacht und nichts Verdächtiges wahrgenommen. Freitag entdeckte man, daß zwei Türen nicht mehr verschlossen waren. Die Zahl der Personen, die in dem Institut ein- und ausgehen, ist ziemlich groß. Offenbar konnten die Einbrecher die Räumlichkeiten sehr genau. Gestohlen wurden 24 Pfund Quecksilber, eine Königensöhre mit 5-6 Gramm Platin und ein Diamant zum Glaschneiden. Der Diamant ist aus einem Schreibtisch herausgeholt worden. Der Wert der geraubten Gegenstände, die alle sehr kostbar und kaum wieder zu beschaffen sind beträgt 1-2 Milliarden. Die Kriminalpolizei hat sofort die Ermittlungen aufgenommen.

Ein adeliger Einbrecher. Die Ferienstrafkammer in Berlin verhandelte gegen den früheren Offizier v. Rendell, Sohn eines ehemaligen hohen Funktionärs am kaiserlichen Hofstaat, wegen fünf schwerer Einbrüche, darunter einen in das väterliche Schloß. Da Rendell bereits mehrfach in Irrenanstalten war, wurde die Einholung eines Gutachtens beschlossen.

Das Ofenloch ein vorzüglicher Kühlraum. Keine Hausfrau braucht mehr zu klagen, daß sie keinen Eisschrank besitzt. Sie hat im Ofenloch einen vollwertigen Ersatz gefunden. Freilich ist dieser Kühlraum nur klein, aber immerhin groß genug, um die leicht verderblichen Dinge, Butter, Milch und dergl. auch bei der größten Hitze darin frisch zu erhalten. Zu diesem Zweck räumt man alle Asche aus dem Ofenloch gründlich heraus, legt es mit Papier aus und der Kühlraum ist fertig. Ist der Ofen mit Koft eingerichtet, befindet sich also unter dem Feuerloch noch ein Aschenloch, so ist die Sache geradezu ideal, denn jetzt kann sogar eine Regulierung der Temperatur eintreten. Unten in das Aschenloch kommt eine kleine Schüssel mit kaltem Wasser. Oben hinein kommen die leicht verderblichen Gegenstände. Es geht wirklich eine erstaunliche Menge da hinein. Auch Fleischwurst, Würst, Käse sind dort vor allem Verderben und vor der lästigen Fliegenplage vollkommen sicher. Nun wird das Feuerloch fest zugeschraubt und das Türchen des Aschenlochs, soweit eben ein solches vorhanden ist, nur leicht angelehnt. Dadurch entsteht im Ofenloch ein leichter Zug, die Verdunstung des Wassers setzt die Temperatur ohnehin noch herunter, und es wird stets eine angenehme Kühle im Ofen herrschen.

Wie arm wir sind! Ausländische Zeitungen berechnen anlässlich des jüngsten Kabinettswechsels in Deutschland nicht ohne eine gewisse Schadenfreude, daß das Gehalt des Reichskanzlers etwa dem eines Botenjungen in Amerika gleichkommt. Es ist nach dem heutigen Dollarstand berechnet worden, daß das

Gehalt des Kanzlers sogar noch geringer ist, da es nur etwa 30 Dollar im Monat beträgt. (Immerhin wird der Kanzler mit seinem Gelde wohl auskommen können.)

Das Ende der hohen Abzüge. Die Damen in England haben sich von den hohen Schuhabzügen der Pariser Mode abgewandt und tragen nach amerikanischer Art die vernünftigeren sandalenförmigen Schuhe mit ganz niederen Abzügen.

Der Segelflieger Martens schlägt den Weltrekord der Franzosen. Beim Rhönsegelflug schlug Martens den Weltrekord der Franzosen um einen ganzen Kilometer durch seinen Flug von über 12 Kilometer, wobei er sich zeitweise in 150 Meter Höhe in festigen Böen hielt. Besonders hervorzuheben ist bei diesem Flug, daß Martens die Aufwinde des Hanges beim Uebersegeln des Geländes nicht benutzte.

Wie lange halten Gebrauchsgegenstände? Heute, da auch die Gegenstände des täglichen Gebrauchs für viele so unerschwinglich teuer geworden sind, kommt es mehr denn je darauf an, recht haltbare Dinge zu besitzen, mit denen man sich möglichst lange durchhelfen kann. Leute, die sich früher alle Augenblicke ein Paar Handschuhe kauften, Zahnbürsten oder Rasierklingen nach kurzer Verwendung durch neue ersetzen, sehen jetzt zu ihrem großen Erstaunen, wie lange solche Dinge halten können. In der „guten alten Zeit“, wo das Handwerk noch nicht durch die Maschinenarbeit verdrängt war, wurden auch Gebrauchsgegenstände sozusagen „für die Ewigkeit“ gefertigt. Wir sehen in den Museen hölzerne Löffel oder Rämme, die sicherlich viele Jahrhunderte alt sind und viele Jahrzehnte gebraucht wurden, noch in gutem Erhaltungszustand. Einige Beispiele von erstaunlich langer Haltbarkeit der Gebrauchsgegenstände werden in einer englischen Zeitschrift angeführt. Es gibt viele Uhren aus Großvaters Zeit, die benutzt werden und vortrefflich gehen; ja manche Uhren, die 200 Jahre und mehr alt sind, versehen noch vortrefflich ihren Dienst. Ein Mann hat eine Haarbürste im täglichen Gebrauch, die einem seiner Vorfahren, der bereits 1854 starb, gehörte. Das Alter dieser Haarbürste ist etwa 130 Jahre, und sie ist noch immer sehr brauchbar. Ein alter Engländer namens Benjamin Holmes hat ein Rasiermesser 35 Jahre lang täglich benutzt und hat sich mit demselben Klinge mehr als 11 000 mal rasiert. Das durchschnittliche Alter eines hölzernen Kunstbeines wird mit fünf Jahren, das einer Metallspitze mit acht Jahren angegeben. Aber es gibt gut gemachte Kunstbeine, die bis zu 60 Jahren von demselben Besitzer getragen worden sind. Aber auch heute wird dauerhafte Arbeit geleistet. Ein Kraftwagen z. B., der 1901 gebaut wurde, fährt

Neuregelung des Steuerabzugs.

Mit Wirkung vom 1. September 1923 an tritt folgende Aenderung ein:

Der einzubehaltende Steuerbetrag von 10 vom Hundert des Arbeitslohns ermäßigt sich:

- 1. für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau: a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate um je 360 000 Mark monatlich, b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen um je 86 400 Mark wöchentlich, c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um je 14 400 Mark täglich, d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume um je 3 600 Mark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden; 2. für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind im Sinne des § 17 Abs. 2 a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate um 2 400 000 Mark monatlich, b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen um 576 000 Mark wöchentlich, c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um 96 000 Mark täglich, d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume um 24 000 Mark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden; Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeitseinkommen beziehen, werden nicht gerechnet; 3. zur Abgeltung der nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 zulässigen Abzüge a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate um 3 000 000 Mark monatlich, b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen um 720 000 Mark wöchentlich, c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um 120 000 Mark täglich, d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume um 30 000 Mark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden.

Auf Antrag ist eine Erhöhung dieser Beträge zuzulassen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die ihm zustehenden Abzüge im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 den Betrag von monatlich 30 000 000 Mark um mindestens 3 000 000 Mark monatlich übersteigen. Ueber den Antrag entscheidet das Finanzamt.

Stehen Abzüge im wirtschaftlichen Zusammenhange mit anderem Einkommen als Arbeitslohn, so sind sie zunächst von dem anderen Einkommen abzuziehen; nur insoweit diese Abzüge das andere Einkommen übersteigen, sind sie in die Abgeltung einbezogen.

Sinsheim, den 30. August 1923. Finanzamt.

Bewertung der Sachbezüge für den Steuerabzug.

Auf Anordnung des Reichsfinanzministers wird die Bewertung der Sachbezüge für den Steuerabzug im Bezirk des Landesfinanzamts Karlsruhe neu geregelt. Mit Wirkung vom 1. September 1923 ist die volle freie Station (Verköstigung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung) folgendermaßen zu bewerten:

- a) für weibliche Hausangestellte, Lehrlinge, Lehrlinginnen und sonstige gering bezahlte weibliche Arbeitskräfte mit täglich 480 000 Mk., wöchentlich 3 360 000 Mk., monatlich 14 400 000 Mk., jährlich 172 800 000 Mk. b) für männliche Hausangestellte, Knechte, männliche und weibliche Gewerbegehilfen und für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen, mit täglich 624 000 Mk., wöchentlich 4 464 000 Mk., monatlich 19 200 000 Mk., jährlich 230 400 000 Mk. c) für Angestellte höherer Ordnung (z. B. Ärzte, Apotheker, Hauslehrer, Hausdamen, Geschäftsführer, Werkmeister, Gutsinpektoren) mit täglich 792 000 Mk., wöchentlich 5 592 000 Mk., monatlich 24 000 000 Mk., jährlich 288 000 000 Mk.

Wird keine Wohnung (mit Heizung und Beleuchtung) sondern nur freie Verpflegung gewährt, so betragen die Wertansätze nur 5/6 der oben bekannt gegebenen.

Karlsruhe, den 25. August 1923.

Landesfinanzamt, Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern. J. B. Ellstätter. Duca.

noch heute zwischen London und Brighton; er ist niemals umgebaut worden und hat mehr als 130 000 Kilometer zurückgelegt.

Neueste amtliche Kurse

vom 29. August 1923.

Table with multiple columns listing various financial data including bank notes, industrial shares, and exchange rates. Includes sub-sections like 'Anleihen', 'Bankaktien', 'Industriaktien', 'Schiffahrtsaktien', and 'Freiverkehrswerte'.

Evangelischer Gottesdienst.

Sonntag, den 2. Sept. 14. Sonntag nach Trinitatis.

12/10 Uhr: Gottesdienst. Dekan Eifen. 12/11 Uhr: Sitzung des Kirchengemeindeausschusses.

Large advertisement for White Star Line and American Line shipping services. Features the American Line logo with an eagle and the text 'Hamburg-New York', 'Bremen-New York', and 'Pittsburgh'. Lists various routes and dates.